Glossar

A	
Adjustable Peg	Ein generell festes Wechselkurssystem, bei dem die nationale Währung an eine Ankerwährung gebunden wird, allerdings unregelmäßige, aber angekündigte Auf-/Abwertungen stattfinden. (Siehe auch Crawling Peg, Währungsabwertung, Währungsaufwertung, Wechselkurssystem)
Aktie	Nach dem deutschen Aktiengesetz (AktG) ist eine Aktie ein Wertpapier, das ein Anteil am Grundkapital und entsprechende Mitgliedschaftsrechte an einer Aktiengesellschaft verbrieft. Der Inhaber einer Aktie – der Aktionär – haftet in Höhe seines Kapitalanteils, ist am Gewinn beteiligt und bei der Hauptversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die Aktie dient der Aktiengesellschaft zur Beschaffung von Eigenkapital, welches der Aktiengesellschaft auch nicht entzogen wird, sobald der Aktionär sich zum Verkauf der Aktie entscheidet. (Siehe auch Aktienmarkt, Wertpapier)
Aktienmarkt	Als Teil des Kapitalmarktes ist der Aktienmarkt ein Handelsplatz, an dem Aktien gehandelt werden. Durch das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage ergeben sich im Handel die Aktienkurse. Der klassische Parkettthandel – bei dem Aktienhändler in Börsen zusammenkommen – wird indes zunehmend durch elektronische Handelsplattformen ersetzt, die von Börsengesellschaften betrieben werden. (Siehe auch Aktie, Kapitalmarkt)
Aktienfonds	Investmentfonds, die ausschließlich oder zum überwiegenden Teil in Aktien investieren. (Siehe auch Aktie)
Alpha	Alpha ist das Ausmaß der Rendite, mit der sich ein Fonds besser oder schlechter entwickelt hat als die Benchmark.
American Eagle Silbermünze	Der American Silver Eagle wird seit 1986 geprägt und zählt zu den umsatzstärksten Silbermünzen weltweit. Die Reinheit, das Gewicht und der Feingehalt werden von der US Regierung garantiert. Der Silver Eagle wiegt eine Unze und stellt damit die größte und schwerste Silbermünze der USA dar. Er hat einen Nennwert von einem US-Dollar und ist gesetzliches Zahlungsmittel in den USA. Das jährlich unveränderte Motiv basiert auf Adolph A. Weinman´s Entwurf der „Walking Liberty“ und dem „Wappenadler“ von John Mercanti. Der American Silver Eagle trägt auf der Vorderseite die Aufschrift „Liberty“, „In God We Trust“ und das jeweilige Prägejahr. Die Gegenseite ist kreisförmig mit „United States of America 1 Oz. Fine Silver - One Dollar“ beschriftet. Der Münzrand verfügt über 201 Kerben und wird ohne Inschrift geprägt. Der American Eagle wird jährlich in Abhängigkeit von der Nachfrage geprägt und verfügt über eine entsprechend hohe Auflage.
Amsterdamer Vertrag	Der Amsterdamer Vertrag wurde am 2.10.1997 im Rahmen eines EU-Gipfeltreffens in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichnet und stellt eine Fortentwicklung des Maastrichter Vertrages von 1992 dar. (Siehe auch Europäischer Rat, Europäische Union, Maastrichter Vertrag)
Anleihe	Anleihen sind langfristige Schuldverschreibung mit einer festgelegten Verzinsung (Kupon) und bestimmter Stückelung. Anleihen werden häufig an Börsen gehandelt und amtlich notiert. Die Währung, auf die eine Anleihe lautet, wird als Denomination bezeichnet. (Siehe auch Denominierung, Währung, Inflationsgeschützte Anleihen und Unternehmensanleihen)
Anleihemarkt	Der Anleihemarkt (auch Rentenmarkt genannt) ist ein Segment des Kapitalmarktes, auf dem Anleihen – also festverzinsliche Wertpapieren – gehandelt werden. Nachdem die Anleihe am Primärmarkt emittiert wurde, ergibt sich der aktuelle Preis der Anleihe am Sekundärmarkt aus Angebot und Nachfrage, der Anleihekurs. (Siehe auch Anleihe, Kapitalmarkt, Primärmarkt, Sekundärmarkt)
ARA	Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen, wichtige europäische Häfen für Ölprodukte und Kohle.
Arbeitslosenquote	Anteil der Zahl der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung.
Arbeitsmarkt	Auf dem Arbeitsmarkt treffen die Nachfrager nach Arbeitskräften (Arbeitgeber) auf die Anbieter von Arbeitskraft (Arbeitsuchende).
Arbitrage	Arbitrage beschreibt das Ausnutzen von Preisunterschieden auf verschiedenen Märkten für identische Waren oder Finanzprodukte. Bei Wertpapieren lassen sich Arbitrage-Gewinne realisieren, wenn an zwei verschiedenen Börsen das gleiche Wertpapier zu unterschiedlichen Preisen gehandelt wird und der Arbitrageur am "billigeren Markt" kauft und idealerweise gleichzeitig am "teureren Markt" wieder verkauft. Damit sind Arbitrage-Geschäfte nicht nur weitgehend risikolos, sondern führen auch zu einer Preisanpassung an verschiedenen Märkten.
Asset Backed Commercial Paper	Siehe Forderungsbesichertes Commercial Paper
Asset Backed Security (ABS)	Siehe Forderungsbesichertes Wertpapier
Ausländische Direktinvestitionen (ADI)	In der Zahlungsbilanz ausgewiesene Auslandsinvestition mit dem Ziel in einem ausländischen Wirtschaftsgebiet Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten bzw. ausländische Unternehmen zu erwerben. Dabei soll eine langfristige Beziehung zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen aufgebaut werden, damit der Investor einen entscheidenden Einfluss auf die Geschäftspolitik des Unternehmens ausüben kann. (Siehe auch Zahlungsbilanz)
Außenhandelsbilanz	Differenz zwischen dem Wert der aus einem Land ausgeführten und eingeführten Waren. Man spricht von einem Außenhandelsüberschuss(defizit), wenn die Ausfuhren (Einfuhren) eines Landes die Einfuhren (Ausfuhren) übersteigen.
Außenwert	Der Außenwert ist diejenige Menge ausländischer Währungseinheiten, die man für eine Einheit der inländischen Währung erhält. Der Außenwert (der äußere Geldwert) einer Währung steigt, wenn diese aufgewertet wird, d.h., man erhält für eine inländische mehr ausländische Währungseinheiten. In einem System flexibler Wechselkurse kann der Außenwert der eigenen Währung entweder gegenüber einer einzigen Referenzwährung (bilateraler Außenwert), oder gegenüber mehrerer Referenzwährungen (multilateraler / effektiver Wechselkurs) ausgedrückt werden. Wenn nur eine einzige Währung als Referenz gewählt wird, können gegenüber Drittwährungen gleichzeitig Auf- und Abwertung stattfinden, die Aussagekraft ist daher limitiert. Der effektive Außenwert einer Währung gibt Auskunft über den Außenwert gegenüber den Währungen einer bestimmten Ländergruppe. Zu dem multilateralen (effektiven) Kurs gelangt man durch Bildung eines gewogenen Mittels; Gewichte sind dabei in der Regel die Anteile der betreffenden Länder am Außenhandelsumsatz. (Siehe auch Währung, Flexible Wechselkurse, Währungsabwertung, Währungsaufwertung)
Außerbörslicher Handel	Finanztransaktionen zwischen Marktteilnehmer, die nicht über die Börse abgewickelt werden (auch OTC-Handel genannt, „*Over The Counter*“).

B	
Backloading	Unter Backloading versteht man das vorübergehende Zurückhalten von zu versteigernden Emissionsrechten im EU-Emissionshandelssystem, wobei die einbehaltenen Mengen zu einem späteren Zeitpunkt dem Markt zugeführt werden. Eine entsprechende Änderung der Auktionsverordnung wurde am 8. Januar 2013 durch die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im Klimaausschuss der EU-Kommission beschlossen. In den Jahren 2014-2016 soll ein Auktionsvolumen von insgesamt 900 Mio. Emissionsrechten zurückgehalten werden, das dafür in den Jahren 2019 und 2020 an den Markt kommen soll. Hintergrund der vorübergehenden Angebotsreduktion ist der hohe Überschuss an Emissionszertifikaten, der seit Beginn der zweiten Handelsphase im Jahr 2008 aufgebaut wurde. (Siehe auch EU-Emissionshandelssystem, EU-Emissionsrechte)
Bad Bank	Eine Bad Bank (aus dem englischen für 'schlechte Bank') ist eine Zweckgesellschaft zur Abwicklung von vom Ausfall bedrohter Wertpapiere oder Kredite. Eine angeschlagene Bank kann somit – unter Einhaltung bestimmter Auflagen – zur Bereinigung ihrer Bilanz und zur Verbesserung ihrer Kreditvergabemöglichkeiten hochriskante Wertpapiere und Kredite auf eine Bad Bank übertragen.
BaFin	Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt als staatliche Allfinanzaufsicht, seit ihrer Gründung im Mai 2002, Banken, Finanzdienstleister, Versicherungsunternehmen und den Wertpapierhandel in Deutschland. Die Aufgabe der BaFin ist es die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Integrität des deutschen Finanzsystems zu sichern. Zusätzlich ist sie zusammen mit der Deutschen Bundesbank zuständig für die Bankenaufsicht und der makroprudenziellen Überwachung. Im November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) direkt die Aufsicht über Großbanken in den Ländern der Eurozone übernommen, deren Bilanzsumme über 30 Mrd. Euro oder 20 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes ausmacht und damit die BaFin abgelöst. (Siehe auch Bankenaufsicht, Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, Makroprudenzielle Überwachung)
Bail-In	Mit "Bail-In" ist gemeint, dass Gläubiger (also die Anleger) für die Verluste eines in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenes Institut haften müssen. Wenn z.B. ein Staat aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten seine Schulden nicht mehr tilgen kann, müssen bei einem "Bail-In" die Gläubiger auf Teile ihre Ansprüche verzichten. Die Verteilung erfolgt dabei nach einem festzulegenden Schlüssel. (Siehe auch Bail-Out, No-Bail-Out)
Bail-Out	Ein sogenannter "Bail-Out" (aus dem englischen 'aus der Klemme helfen') bezeichnet die Maßnahme zur Rettung einer zahlungsunfähigen Institution durch Schuldenübernahme oder der Bereitstellung neuer Kredite durch Dritte (insbesondere durch den Staat). (Siehe auch Bail-In, No-Bail-Out)
Bankenaufsicht	Die Bankenaufsicht hat die Aufgabe, Kreditinstitute zu überwachen und damit zu garantieren, dass alle Geschäftstätigkeiten umsichtig und regelkonform ausgeführt werden.
Bankenkanal	Der Bankenkanal beschreibt, wie sich geldpolitische Maßnahmen auf das Kreditvergabeverhalten der Banken auswirken. Bei einer restriktiven Geldpolitik (Erhöhung der Leitzinsen) würden Zinserhöhungen nicht an Kreditnehmer weitergegeben werden, da die Banken befürchten, dass diese Zinserhöhungen die Kreditkosten der Unternehmen in einem Maße steigern könnten, dass Verbindlichkeiten nicht mehr bedient werden können. Die Kreditausfallwahrscheinlichkeit wächst zudem nicht nur wegen gestiegener Kreditkosten, sondern auch dadurch, dass Kreditnehmer bei steigenden Zinsen den Anreiz haben in riskante Projekt zu investieren und diese gegenüber ihrer Gläubiger zu verschleiern. Das heißt, entweder verzichten die Banken auf eine Zinserhöhung, da sie das mit der Zinserhöhung einhergehende steigende Kreditausfallrisiko höher einschätzen als der gestiegene Zinsertrag, oder sie verzichten lieber gänzlich auf eine Kreditvergabe, da sie aufgrund unvollständiger Informationen über die Risikopositionen ihrer Kreditnehmer eine hohe Kreditausfallrate befürchten. Dies kann zur selektiven Kreditvergabe zu Lasten bestimmter Kreditnehmer, wie z.B. Haushalten und kleineren Unternehmen, die keine Alternative Finanzierungsmethoden neben Bankkrediten haben, führen und letztlich eine Kreditklemme hervorrufen. (Siehe auch Kreditkanal, Kreditklemme, Liquidität, Transmissionsmechanismus)
Bankenansturm	Simultaner Ansturm vieler Anleger auf Banken mit dem Ziel, möglichst schnell ihre Einlagen abzuheben. Ausgelöst wird ein solcher Bankensturm (engl. auch "Bank Run") durch einen plötzlichen Vertrauensverlust der Sparer in die Sicherheit ihrer Anlagen, bzw. Angst vor einer Bankenpleite. Da die Bank das meiste Geld langfristig angelegt hat, kann Sie bei einem solchen Bankensturm der ungewöhnlich hohen Nachfrage nach Bargeld nicht nachkommen. Dank Zentralbanken und Einlagensicherungssystemen heute kaum mehr relevant. (Siehe auch Einlagensicherung, Lender of Last Resort, Zentralbank)
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements, BIS), gegründet 1930, ist ein Zusammenschluss von Zentralbanken oder vergleichbaren Institutionen. Sie dient als Zentralbank der Zentralbanken, als Forum und Koordinationsstelle für diese und entwickelt zudem eigene Analysen. Zu ihren Aufgaben gehören vor allem die Verwaltung von Währungsreserven sowie die Unterstützung der Zusammenarbeit in weitreichenden politischen Angelegenheiten, z.B. der Festlegung einheitlicher internationaler Standards für die Bankenaufsicht im Basler Ausschuss (z.B. Basel II). (Siehe auch Basel II, Währungsreserven, Zentralbank)
Bank Lending Survey (BLS)	Die EZB-Umfrage zur Kreditvergabepolitik der Kreditinstitute (die Bank Lending Survey, BLS) wird seit Januar 2003 vierteljährlich vom Eurosystem unter ausgewählten Banken durchgeführt und dient vornehmlich der geldpolitischen Analyse um Informationen über die Rolle des Kreditkanals im geldpolitischen Transmissionsmechanismus zu sammeln. Der Fragebogen enthält überwiegend Fragen zur Entwicklung der Kreditkonditionen und der Kreditnachfrage von Unternehmen sowie privaten Haushalten. (Siehe auch Geldpolitik, Kreditkanal, Transmissionsmechanismus)
Barrel	Das "Barrel" (bbl) ist eine amerikanische Volumen-Maßeinheit für Rohöl und Rohölprodukte. Dabei entsprechen 158,987 Liter einem "Barrel" und somit einem Fass Rohöl.
Basel II	Zum 1. Januar 2007 wurde die seit 1988 geltende Eigenkapitalvereinbarung des internationalen Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, Basel I, vollständig durch Basel II abgelöst. Dieses Regelwerk stützt sich dabei auf drei Pfeiler: Mindesteigenmittelanforderungen, aufsichtsrechtlicher Überprüfungsprozess und Kontrolle durch den Markt. In der Mindesteigenmittelanforderung schreibt es neben der Mindestausstattung mit Eigenkapital von Banken auch die Messung des Risikopotenzials im Eigenkapital vor. Hierzu werden alle Risikopositionen der Bank im Kredit-, Anlage- und Handelsgeschäft erfasst und gewichtet. Im Aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess werden die bankinternen Verfahren zur Risikoeinstufung und zur Beurteilung der Eigenkapitalausstattung durch die Aufsichtsinstanzen überprüft und bewertet. Als letztes werden in der Kontrolle durch den Markt die Anforderungen für das Risikomanagement der Banken sowie Offenlegungspflichten definiert. Seit 2008 unterliegen nahezu alle Banken der Europäischen Union diesen Vorschriften, wobei diese seit 2010 schrittweise durch die Basel III-Vorschriften ersetzt werden. (Siehe auch Bankenaufsicht, Basel III, Europäische Union)

Basel III	Als Konsequenz aus der Finanzkrise 2008/09 wurde das bestehende Regelwerk zur Regulierung der Banken, Basel II, weiterentwickelt und im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im September 2010 unter dem Begriff Basel III beschlossen. Neben der Verschärfung der Eigenkapitalanforderung in Bezug auf die Qualität des Kapitals, wurde unter Basel III die Vorschriften zur Liquiditätsausstattung der Banken und zur Mindestgröße des Verhältnisses von Eigen- zu Fremdkapital verstärkt. Die qualitativ und quantitativ bessere Kapitalausstattung sowie Regeln zu antizyklischen Kapitalpuffern sollen Banken in die Lage versetzen etwaige Verluste zum Beispiel aus Kreditausfällen besser verkraften zu können. (Siehe auch Bankenaufsicht, Finanzstabilität, Makroprudenzielle Überwachung)
Basisinstrument	Das Finanzinstrument (z.B. Aktie, Index, Basket), auf das sich ein Optionsschein bezieht und zu dessen Kauf (bei Calls) oder Verkauf (bei Puts) er berechtigt. (Siehe auch Aktie)
Basispunkte	Basispunkte stellen eine Einheit für Zinssätze dar. 100 Basispunkte entsprechen dabei einem Prozent.
Basket-Optionsschein	Optionsschein, dessen Basisobjekt nicht ein einzelnes Wertpapier ist, sondern ein Aktienkorb, der sich aus Papieren verschiedener Unternehmen zusammensetzt. (Siehe auch Aktie)
Bearish	Erwartungen eines Anlegers hinsichtlich fallender Kurse. Gegenteil: Bullish. (Siehe auch Bullish)
Bear Steepening	Ausweitung der Zinskurve indem sich Zinsen auf längerfristige Anleihen stärker erhöhen als Zinsen auf Anleihen mit kürzeren Laufzeiten.
Beta	Beta ist eine Kennzahl für das mit einer Investition- oder Finanzierungsmaßnahme übernommene systematische Risiko (Marktrisiko).
Bezugsverhältnis	Relation zwischen den Zahlen der alten und der neu emittierten Aktien. Bei einer Kapitalerhöhung von 4:1 können die Altaktionäre für je vier bisher gehaltene Aktien eine neue beziehen. (Siehe auch Aktie)
Bilanzkanal	Der Bilanzkanal beschreibt die Transmission geldpolitischer Maßnahmen auf die Bilanzen der Nichtbanken. Da zum Beispiel Zinserhöhungen der Zentralbank, über eine sinkende Nachfrage nach Aktien und Anleihen, zu rückläufigen Kursen an Aktien- und Rentenmärkte führen, sinkt die Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten und somit der Bilanz-Nettowert. Dies wiederum führt dazu, dass Kreditaufnahmemöglichkeiten von Unternehmen und Haushalten eingeschränkt werden. (Siehe auch Aktie, Anleihe, Kreditkanal, Transmissionsmechanismus)
Binnenmarkt	Ein Binnenmarkt ist ein abgegrenztes Wirtschaftsgebiet, in dem alle Produktionsfaktoren – Waren, Dienstleistungen, Personen, Kapital – frei verkehren bzw. gehandelt werden können. Die Bezeichnung eines Binnenmarktes wird oft auch dazu verwendet einen nationalen Markt zu bezeichnen, da dessen Wirtschaftsgebiet sich mit seinen nationalen Grenzen deckt. Als Beispiel für einen supranationalen Binnenmarkt kann der des Europäischen Wirtschaftsraums dienen: Mit seinen rund 500 Millionen Einwohnern in 28 Mitgliedsstaaten ist er gemessen am Bruttoinlandsprodukt der größte Markt der Welt. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt, Europäischer Wirtschaftsraum)
Board of Governors	Das 'Board of Governors' ist eine zentrale Regierungseinrichtung innerhalb des Zentralbank-Systems der Vereinigten Staaten. Mit Sitz in Washington, D.C., und bestehend aus 7 Mitgliedern, welche allesamt vom Präsidenten bestimmt und vom Senat ernannt werden, ist das 'Board of Governors' zuständig für die Umsetzung der Geldpolitik, nationale und internationale volkswirtschaftliche Analysen, für die Überwachung und Regulierung des Bankenwesens und für die Aufrechterhaltung des nationalen Zahlungssystems. (Siehe auch Federal Open Market Committee, Geldpolitik, Zentralbank)
Bollinger Bands (BBands)	John Bollinger optimierte die Grundidee der Envelops (= Bänder die versuchen, Kursbewegungen möglichst treffend mit zwei Bändern in einem variablen Kanal zeitnah nachzubilden). Bollinger verwendet dazu die statistische Größe der Standardabweichung. Er verschiebt einen einfachen Gleitenden Durchschnitt um zwei Standardabweichungen. Es entsteht ein variables Band, das sich je nach Schwankungsintensität des Wertes ausweitet oder verengt.
Bond	Bond ist das englische Wort für Schuldverschreibung.
Bonität	Maßstab für die Kreditwürdigkeit von Anleiheschuldnern, vor allem für die Fähigkeit, die laufenden Zinszahlungen und die Tilgungen des Anleihebetrags zum Zeitpunkt der Fälligkeit zu leisten. Je schlechter die Bonität eingeschätzt wird, desto höhere Zinsen muss ein Emittent zahlen, um seine Schuldverschreibungen am Markt zu platzieren. (Siehe auch Anleihen)
Boom	Der Begriff 'Boom' kommt aus dem englischen und bezeichnet im konjunkturtheoretischen Sinne eine Phase der Hochkonjunktur, welche aufgrund von sehr hoher Nachfrage die wirtschaftlichen Kapazitäten voll auslastet. Im Boom herrscht Vollbeschäftigung und die Preise für Güter, Arbeit (Löhne), sowie für Kapital (Zinsen) steigen. Sobald durch die gesteigerte Produktion eine Marktsättigung eintritt, bzw. aufgrund der höheren Zinsen die Kreditnachfrage der Unternehmen und privaten Haushalte zurückgeht, folgt die Phase des wirtschaftlichen Abschwungs (Rezession). (Siehe auch Konjunkturzyklus, Rezession)
BRC	British Retail Consortium. Wirtschaftsverband von britischen Einzelhandelsunternehmen mit Hauptsitz in London
Brent Rohöl	Brent Rohöl ist die in Europa meistgehandelte Rohölsorte. Der Preis für Brent Rohöl ist mittlerweile zu einer maßgeblichen Referenzgröße für den gesamten Ölmarkt geworden. Brent Rohöl wird als "leicht" (geringe Dichte) und "süß" (schwefelarm) eingestuft und eignet sich daher in besonderer Weise zur Herstellung von Benzin, Diesel, Kerosin oder Heizöl. Gehandelt wird es an unterschiedlichen Warenterminbörsen, wie der New York Mercantile Exchange (NYMEX), der Intercontinental Exchange (ICE) in London oder der Tokyo Commodity Exchange (TOCOM). (Siehe auch New York Mercantile Exchange (NYMEX))
Bretton-Woods-Konferenz	Im Juli 1944 wurde in Bretton Woods – einem Ort im US-Bundesstaat New Hampshire – im Rahmen einer Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen über die Neuordnung des internationalen Geldwesens entschieden. Neben der Vereinbarung zur Errichtung eines Internationalen Währungsfonds und einer Weltbank beschlossen die 44 teilnehmenden Staaten die Einführung eines Systems fester Wechselkurse mit dem Golddollar als Leitwährung – der Golddollarstandard koppelt den Wert des US-Dollars an den Goldpreis. Das führte dazu, dass die Fed eine Einlösepflicht für jeden umlaufenden Dollar zu einem festen Preis in Gold nachzukommen hatte. Im Jahr 1946 traten diese Abkommen in Kraft. Das System fester Wechselkurse über den Golddollarstandard endete im Jahr 1973. (Siehe auch Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank, Fester Wechselkurs, Goldstandard)

Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die gesamte Wertschöpfung eines Landes innerhalb einer Periode. Es umfasst alle von In- und Ausländern in den einzelnen Wirtschaftsbereichen innerhalb der Landesgrenzen erstellte und zu Marktpreisen bewertete Waren und Dienstleistungen nach Abzug der als Vorleistungen verbrauchten Güter zuzüglich nichtabzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. Das BIP wird im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung ermittelt. Die prozentuale Veränderung des realen BIP (BIP zu konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres) ist ein wichtiger Indikator für wirtschaftliches Wachstum. (Siehe auch Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)
Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen ist die Summe aller in einer Periode getätigten Investitionsausgaben. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung setzen sich diese aus den Lagerinvestitionen und den Bruttoanlageinvestitionen zusammen. Vermindert man diese Summe um die Abschreibungen erhält man die Nettoinvestitionen. (Siehe auch Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)
Bruttonationaleinkommen (BNE)	Das Bruttonationaleinkommen entspricht dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) abzüglich gezahlter Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich empfangener Primäreinkommen, die von Inländern aus der übrigen Welt bezogen wurden. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt (BIP))
BTP (Buoni del Tesoro Poliennali)	Italienische Staatsanleihen (Buoni del Tesoro Poliennali) mit einer Laufzeit von drei, fünf, zehn, fünfzehn und dreißig Jahren.
Buchgeld	Buchgeld (Giralgeld, Bankengeld) sind Geldbeträge, die auf Konten bei Kreditinstituten für Zahlungszwecke zur Verfügung stehen. Buchgeld umfasst Sichteinlagen und Mittel, die zur Kreditgewährung bereitgestellt werden (z.B. Kontokorrentkredite). Nicht dazugezählt werden Spareinlagen.
"Bullish"	Erwartungen eines Anlegers hinsichtlich steigender Kurse. Gegenteil: Bearish. (Siehe auch Bearish)
Bundesanleihe	Die Deutsche Bundesanleihe (auch kurz Bund) ist eine langfristige Schuldverschreibung, die seit 1952 von der Bundesrepublik Deutschland als Staatsanleihe herausgegeben wird. Bundesanleihen sind neben anderen Bundeswertpapieren (bspw. Bundesschatzbriefe) eine Möglichkeit, über die der Bund seinen Kreditbedarf decken kann. Bei Emission hat sie in der Regel eine Laufzeit von 10 bis 30 Jahren und eine feste Nominalverzinsung. (Siehe auch Bundesschatzbriefe, Emission, Nominalzins)
Bundesschatzbrief	Bundesschatzbriefe sind Wertpapiere der Bundesrepublik Deutschland, die speziell zur Vermögensbildung privater Anleger konzipiert wurden. Im Gegensatz zu Bundesanleihen ist die Laufzeit mit sechs (Typ A) bzw. sieben (Typ B) Jahren kürzer und der Zins ist zudem jährlich gestaffelt. Beim Typ A werden die Zinsen am Ende jedes Laufzeitjahres ausgezahlt, beim Typ B dagegen angesammelt und erst am Laufzeitende ausschüttet. Aus Kostengründen wurden seit 2013 keine Bundesschatzbriefe mehr aufgelegt. (Siehe auch Bundesanleihe)
Bureau of Labor Statistics (BLS)	Als Forschungseinrichtung innerhalb des US-amerikanischen Arbeitsministeriums ist das *Bureau of Labor Statistics* zuständig für die Sammlung von Daten vor allem über die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit, die durchschnittlichen Stundenlöhne sowie die Konsumentenpreise.
C	
Call on OPEC	Der 'Call on OPEC' (OPEC: Abkürzung für 'Organisation Erdöl Exportierender Länder') kann im Grunde als Angebotslücke zwischen der globalen Nachfrage nach Rohöl und dem Angebot der Nicht-OPEC Staaten (+/- Veränderung der Lagerbestände) definiert werden. Da die Nicht-OPEC Staaten am Rohölmarkt als Preisnehmer auftreten und daher tendenziell bei voller Kapazität produzieren, erhöht sich die Preissetzungsmacht der OPEC Staaten sobald entweder die globale Nachfrage anzieht oder die Produktion der Nicht-OPEC Staaten abnimmt und somit das Angebot, das von den OPEC Staaten bedient werden kann – der Call on OPEC – zunimmt. (Siehe auch Organisation Erdöl Exportierender Länder)
Carry Trade	Carry Trade bezeichnet eine spekulative Finanztransaktion, bei der Investoren einen Kredit zu einem niedrigen Zins aufnehmen, um die aufgenommen Mittel in einer höher verzinsten Anlage wiederanzulegen. Da solche Geschäfte häufig in unterschiedlichen Währungen getätigt werden, nennt man diese auch 'Currency Carry Trade' ('Currency' im englischen für 'Währung'). Die Risiken einer solchen Anlage spiegeln sich in Zinsänderungen und Wechselkursschwanken wider. (Siehe auch Wechselkurs)
CDX	CDX ist der Name einer Familie von Credit-Default-Swap-Indizes, welche die Regionen Nord- und Südamerika abdecken. Die Indizes sollen die Entwicklung der entsprechenden Kreditderivatemärkte repräsentativ dokumentieren. Je nach Sub-Index werden unterschiedliche Segmente des CDS Marktes abgedeckt. Der CDX.NA.IG bezieht sich auf nord-amerikanische finanz und nicht-finanz Unternehmen mit Investment Grade Ratings. Der CDX.NA.HY bezieht sich auf Unternehmen im Sub-Investment Grade Bereich.
CER	Zertifizierte Emissionsreduktion (Certified Emission Reduction), unter dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung der UNO gehandelte Emissionseinheit
CFR Qingdao	Kosten und Fracht (Cost and Freight) – eine Schiffsfrachtklausel, wobei der Verkäufer den Frachtvertrag für den Transport von Gütern auf dem Seeweg zu einem Bestimmungshafen (in diesem Fall Qingdao, China) abschließen muss. CFR Qingdao ist der Lieferpunkt, in Bezug auf den der MB Iron Ore Index normalisiert wird.
Clean Dark Spread	Differenz zwischen dem Preis für 1 MWh Strom und den Kosten für die zur Erzeugung von 1 MWh benötigte Menge an Kohle und Kohlenstoff
CNIA	Branchenverband für Nicht-Eisen-Metalle in China (China Nonferrous Metals Industry Association)
Collateralized Debt Obligation (CDO)	Collateralized Debt Obligations (CDO) sind strukturierte Anleihen, die in die Gruppe der forderungsbesicherten Wertpapiere einzugliedern sind und eine Vielzahl von Kreditforderungen, insbesondere solche aus privat und gewerblich genutzten Hypotheken, in einem Wertpapier verbriefen. Diese Wertpapiere werden vom Emittent gemäß Bonität in mehrere Klassen, sogenannte Tranchen, gebündelt. Durch die Bündelung können sich selbst Tranchen, welche Forderungen von mäßiger Qualität enthalten, durch ein vergleichsweise geringes Ausfallrisiko auszeichnen. (Siehe auch Bonität, Forderungsbesichertes Wertpapier)

Commodity Futures Trading Commission (CFTC)	Die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) ist eine unabhängige US-Behörde mit Sitz in Washington, D.C. Sie wurde im Jahre 1974 gegründet und hat die Aufgabe, die Handelspartner und die Öffentlichkeit vor Manipulationen, missbräuchlichen Handelspraktiken, Betrug sowie systemischen Risiken, welche von Derivaten ausgehen können, zu schützen. Ziel ist es, offene, transparente und finanziell gesunde Märkte zu schaffen. (Siehe auch Futures, Optionen)
Contingent Convertible Bonds (CoCo)	Contingent Convertible Bonds sind Wandelschuldverschreibungen mit automatisierter Wandlung von Fremdkapital in Stammaktien. Die Wandlung wird bei Eintreten eines vorab festgelegten Ereignisses ausgelöst und erfolgt zu einem vorab festgelegten Wandlungsverhältnis von Fremd- in Eigenkapital. Der Auslöser kann sich auf bankinterne oder marktbezogene Kriterien oder eine Kombination aus beiden beziehen. Sowohl der Auslöser als auch das Wandlungsverhältnis sind entscheidend für die Wirksamkeit des Instruments. Effektiv gestaltete CoCos können dazu beitragen, durch rasche Rekapitalisierung und Verringerung der Verbindlichkeiten den Zusammenbruch einer Bank zu verhindern.
Core	Staatsanleihen von Deutschland, Finnland, Niederlande und Österreich
Cost Insurance and Freight (CIF)	Vertragsbasis für Öldestillate. Cost Insurance and Freight (CIF) ist eine Lieferklausel im Schiffsverkehr, die, im Vergleich zur "Free on Board"-Vereinbarung (FOB), die Verpflichtungen des Verkäufers erweitert. Neben den Kosten für FOB schließt CIF die Versicherungs- und Frachtkosten bis zum Lieferort ein. (Siehe auch Free on Board [FOB])
Crack Spread	Preisdifferenz zwischen Rohöl und raffinierten Produkten in gleichen Einheiten
Crawling Peg	System fester Wechselkurse, wobei regelmäßige und angekündigte Auf-/Abwertungen der Währung erfolgen. (Siehe auch Adjustable Peg, Fester Wechselkurse, Währungsabwertung, Währungsaufwertung)
Credit Default Swap (CDS)	Siehe Kreditausfallswap
Currency Board	Als Currency Board bezeichnet man ein Wechselkurssystem, bei dem ein Land den Wechselkurs der nationalen Währung zu einer ausländischen Währung einseitig fixiert. Im Unterschied zu einem einfachen System fester Wechselkurse ist der Wechselkurs im Currency Board gesetzlich festgelegt und die nationale Geldmenge vollständig durch Währungsreserven abgedeckt. Durch diese starke Bindung an die ausländische Währung kann dessen Glaubwürdigkeit und Stabilität importiert werden, womit das Vertrauen der internationalen Finanz- und Devisenmärkte gestärkt werden kann. Die Kosten dieser starken Währungsbindung schlagen sich im Verlust der eigenständigen Geldpolitik des wechselkursimportierenden Landes nieder. (Siehe auch Devisen, Fester Wechselkurs, Geldpolitik, Währungsreserven, Wechselkurssystem)
D	
Defizitkriterium	Das Defizitkriterium ist eines der Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Europäische Wirtschaftsunion (EWU). Das Defizitskriterium bildete zusammen mit dem Schuldenstandskriterium die Fiskalkriterien. Nach dem Defizitkriterium darf die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte den Referenzwert von 3% bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in dem der Konvergenzprüfung vorausgehenden Kalenderjahr nicht überschreiten. Durch die Begrenzung der Neuverschuldung sollte sichergestellt werden, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nicht überhandnimmt und eine Erhöhung des Zinsniveaus verursacht. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt, Fiskalkriterien, Maastricht-Kriterien, Schuldenstandskriterium)
D+1, M+1, Y+1	Bezeichnet Kontrakt für Lieferung: täglich im Voraus, einen Monat im Voraus, ein Jahr im Voraus.
Deflation	Deflation bedeutet das Absinken des allgemeinen Preisniveaus. Eine Deflation ist gegeben, wenn die Inflationsrate einen negativen Wert aufweist. Die Deflation unterscheidet sich damit von der Disinflation, bei der es sich um einen Rückgang der Inflationsrate handelt, die Inflationsrate aber in der Regel noch im positiven Bereich verbleibt. Deflation, im Gegensatz zu Disinflation, ist mindestens genauso wenig wünschenswert wie Inflation, da sie in aller Regel stark negative Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft hat, wie sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte. Im Rahmen ihrer geldpolitischen Strategie verfolgt die EZB das Ziel, die Inflationsrate unter, aber nahe zwei Prozent zu halten. Auch zu niedrige Inflation ist nach dieser Sicht eine Zielverfehlung. Die EZB nutzt daher ihre geldpolitischen Instrumente, um das Abweichen der Inflation von ihrem Zielwert in beide Richtungen zu bekämpfen. (Siehe auch Europäische Zentralbank (EZB), Geldpolitische Strategie, Inflation)
Deflator	Der Deflator – spezifischer, BIP-Deflator – misst als Preisindex den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes, der auf eine Preiserhöhung zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu Verbraucherpreisindizes wird nicht nur die Preisänderung eines ausgewählten Warenkorbes berechnet, sondern die Änderungen aller Preise der Volkswirtschaft. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt (BIP), Preisindex, Verbraucherpreisindex)
Deleveraging	Der Begriff Deleveraging bezeichnet auf Unternehmensebene den Vorgang von Unternehmen oder Finanzinstitutionen, ihren Verschuldungsgrad (also das Verhältnis aus Fremdkapital zu Eigenkapital) zu reduzieren. Dies kann entweder durch die Erhöhung des Eigenkapitals (z.B. mittels Kapitalerhöhung oder Bildung von Gewinnrücklagen) oder die Rückzahlung von Fremdkapital erfolgen. Durch die Entschuldung wird eine Verminderung der Verschuldungsposition (Leverage) und damit des eingegangenen Risikos erreicht. Auf makroökonomischer Ebene bedeutet Deleveraging die Entschuldung von Sektoren, also z.B. des privaten Haushalte und der Unternehmen. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt (BIP))
Depression	Als Depression (lat. deprimere = niederdrücken) bezeichnet man den konjunkturellen Tiefstand einer Volkswirtschaft. Nachdem während der Rezession (konjunktureller Abschwung) das Wachstum rückläufig ist, bezeichnet das Verharren der Wirtschaft – für einen ungewöhnlich langen Zeitraum – auf ihrem Tiefstand, die Depression. Charakteristische Merkmale einer Depression sind ein Rückgang des BIP, hohe Arbeitslosigkeit, Überkapazitäten und Insolvenzen. (Siehe auch Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt (BIP), Konjunkturzyklus, Rezession)
Deregulierung	Unter einer ordnungspolitischen Deregulierung versteht man den Abbau oder die Vereinfachung von Marktregulierungen (staatlichen Normen und Vorschriften).
Derivat	Ein Derivat bezeichnet ein Finanzinstrument, dessen Preis von der Kursentwicklung seines zugrunde liegenden Basiswertes abhängt. Basiswerte können alle möglichen Wertpapiere (Aktien, Anleihen, etc.) oder auch Rohstoffe (Weizen, Gold, etc.) sein. Derivative Finanzinstrumente sind so konstruiert, dass sich Kursschwankungen überproportional auf die Preise der Derivate übertragen. Daher können Derivate bspw. dafür genutzt werden um finanzielle Risiken abzusichern oder aber auch um auf Kursgewinne des Basiswerts zu spekulieren. Gehandelt werden Derivate entweder als unbedingte Termingeschäfte außerbörslich oder als Optionsgeschäfte zu standardisierten Konditionen an Terminbörsen. (Siehe auch Aktie, Anleihen, Außerbörslicher Handel, Optionsgeschäft , Termingeschäft)

Deutsche Bundesbank	Die deutsche Bundesbank ist die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland. Durch das Bundesbankgesetz vom 26.7.1957 wurden die neun von den westlichen Besatzungsmächten geschaffenen, rechtlich selbstständigen Landeszentralbanken und die Berliner Zentralbank mit der Bank deutscher Länder (BdL) als deren Spitzeninstitut zur Deutschen Bundesbank verschmolzen. Mit der Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) ging die geld- und währungspolitische Verantwortung auf die EZB über, ist jedoch Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken. (Siehe auch Europäische Zentralbank, Währungspolitik, Zentralbank)
Devisen	Devisen sind von Inländern bei Kreditinstituten im Ausland unterhaltene, auf fremde Währungen lautende Guthaben (Buchwährung). Banknoten und Münzen (also Bargeld) einer ausländischen Währung werden als Sorten bezeichnet und rechnen nicht zu den Devisen.
Devisenkurs	Siehe Wechselkurs
Devisenmarkt	Der Devisenmarkt (im englischen auch Foreign Exchange Market bzw. FX Market) ist der Handelsplatz, an dem das Angebot für bestimmte Währungen auf die Währungsnachfrage trifft und somit deren Wechselkurse bestimmt. Da Devisenbörsen weitgehend abgeschafft wurden, findet der Devisenhandel in der heutigen Zeit überwiegend zwischen den Banken statt. (Siehe auch Devisen, Wechselkurs)
Devisenswapgeschäft	Um Wechselkursrisiken bei Fremdwährungsanlagen oder Fremdwährungskreditaufnahmen abzusichern, wird mit einem Devisentermingeschäft eine Vereinbarung eingegangen, einen bestimmten Währungsbetrag anzukaufen und gleichzeitig dessen späteren Rückverkauf zu garantieren. Der Swapsatz bezeichnet dabei die Differenz zwischen den An- und Rückkaufkursen. Handelt eine Bank diese Swapgeschäfte mit einer Zentralbank im Rahmen einer Feinsteuerungsoperation aus, führt der Ankauf von Devisen dem Bankensystem Zentralbankgeld zu, wobei der spätere, vertraglich vereinbarte Rückkauf der Devisen dem Bankensystem das Zentralbankgeld wieder entzieht. (Siehe auch Devisen, Feinsteuerungsoperation, Pensionsgeschäft, Swapgeschäft)
Die Großen Drei (Big Three)	Im Kontext der größten Eisenerzproduzenten, von denen hier die Rede ist, sind dies Vale, Rio Tinto und BHP Billiton.
Disinflation	Siehe Deflation
Diskontierungsfaktor	Der Diskontierungsfaktor (auch Abzinsungs- oder Barwertfaktor) dient der Berechnung des Bar- bzw. Gegenwartswertes von zukünftigen Zahlungen – d.h. zukünftige Zahlungen werden auf einen bestimmten Zeitpunkt abgezinst.
Diskontsatz/Basiszinssatz	Der Diskontsatz war der Zinssatz, den die Bundesbank Kreditinstituten für die Gewährung des Diskontkredits berechnete. Er erfüllte dabei die Funktion eines Leitzinses, da sich Kreditinstitute zu diesem kurzfristig mit Liquidität versorgen konnten. Im Zuge der Verlagerung der geldpolitischen Befugnisse von der Bundesbank auf das Europäische System der Zentralbanken wird der Diskontsatz der Bundesbank seit dem 1. Januar 1999 nicht mehr festgesetzt und wurde vom Basiszinssatz abgelöst. Dieser liegt 88 Basispunkte unter seiner Bezugsgröße, dem Hauptrefinanzierungssatz, und wird zum ersten Januar und Juli eines Jahres an dessen Veränderung proportional angepasst. Der Basiszinssatz wird zur Festsetzung von Verzugszinsen benutzt und ihm kommt daher besonders in juristischen Angelegenheiten Bedeutung zu. (Siehe auch Basispunkte, Deutsche Bundesbank, Europäische System der Zentralbanken, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Hauptrefinanzierungsgeschäft, Liquidität)
Diversifikation (Geldanlage)	Streuung einer Geldanlage über unterschiedliche Anlageklassen, normalerweise, um das Verlustrisiko zu reduzieren und Renditechance zu erhöhen.
Dividendenrendite	Wird errechnet, indem man die ausgeschüttete Dividende mit 100 multipliziert und das Produkt durch den Kurswert der Aktie dividiert. (Siehe auch Aktie)
"Dovish"	Dovish (von 'Dove' engl. für 'Taube') beschreibt eine eher abwartende Einstellung in Bezug auf Leitzinserhöhungen bei sich abzeichnenden Inflationsrisiken. Das Gegenteil von dovish ist hawkish. Eine geldpolitische "Taube" ist daher jemand, der den gegenwärtigen Nutzen aus weiter niedrig gehaltenen Leitzinsen höher einschätzt als die Gefahren und Kosten einer zukünftig möglicherweise höheren Inflationsrate. (Siehe auch Hawkish, Inflation)
E	
EBITDA	EBITDA wird verwendet als Abkürzung für “earnings before interest, taxes, depreciation, and amortization” (Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte). EBITDA ist eine häufig verwendete finanzielle Kennzahl zur Beschreibung der Leistung eines Unternehmens ohne Berücksichtigung seiner Finanzierungsform, Steuerzahlungen und Investitionen.
EGB	Abkürzung für "European government bonds" bzw. europäische Staatsanleihen
Einheitswährung	Eine Einheitswährung ist eine Währung, die von mehreren Staaten im Rahmen einer Währungsunion geschaffen wird. Nach außen gelten Einheitswährungen als Versuch, ein Gegengewicht gegenüber weitverbreiteten Währungen anderer Länder (z.B. Leitwährungen) zu bilden. Für die Teilnehmerländer an der Europäische Währungsunion (EWU) ist der Euro die Einheitswährung. (Siehe auch Europäische Währungsunion (EWU), Währungsunion)
Einkaufsmanagerindex (PMI, Purchasing Managers Index)	Der Einkaufsmanagerindex (EMI) ist ein verlässlicher Frühindikator zur Konjunkturentwicklung in Deutschland, der seit 1996 monatlich veröffentlicht wird. Er orientiert sich dabei am US-amerikanischen Purchasing Managers Index (früher PMI; nun ISM/Institute of Supply Management), der die Antworten einer repräsentativen Auswahl von Einkaufsmanagern zu ihrer Einschätzung der gegenwärtigen konjunkturellen Lage und der zukünftigen Entwicklung in einem Indexwert zusammenfasst: Ein Indexwert von 50 stellt dabei die Referenzlinie dar und ein Überschreiten/Unterschreiten dieses Wertes signalisiert eine (erwartete) wirtschaftliche Expansion bzw. Kontraktion im Vergleich zur Vorperiode. Die Themenbereiche, zu denen die Einkaufsmanager befragt werden, sind z.B.: Auftragslage, Auftragseingänge im Export, Material-/Einsatzstoffmengen, Fertigproduktmengen, Einkaufspreise, Beschäftigung. (Siehe auch Konjunkturzyklus)
Einlagefazilität	Die Einlagefazilität stellt ein wichtiges geldpolitisches Instrument der Europäischen Zentralbank (EZB) dar, das Geschäftsbanken ständig die Möglichkeit einräumt, kurzfristig nicht benötigtes Geld bis zum nächsten Geschäftstag bei den nationalen Zentralbanken anzulegen. Als Verzinsung erhalten die Geschäftsbanken von ihrer nationalen Zentralbank einen vorgegebenen Zinssatz, den Einlagesatz. Dieser bildet im Allgemeinen die Untergrenze für den Tagesgeldsatz am Geldmarkt und ist einer der Leitzinsen für die Europäische Union. Da dieses Wahlrecht zur Geldanlage ständig besteht, gehört die Einlagefazilität zusammen mit der Spitzenrefinanzierungsfazilität zu den sogenannten Ständigen Fazilitäten. (Siehe auch Europäische Union, Europäische Zentralbank, Geldmarkt, Geldpolitik, Nationale Zentralbank, Spitzenrefinanzierungs-fazilität, Ständige Fazilität)

Einlagensicherung	Die Einlagensicherung umfasst die gesetzlichen sowie freiwilligen Sicherungssysteme der Kreditwirtschaft in Deutschland zum Schutz der Guthaben von Bankkunden im Fall der Insolvenz ihrer Bank. Die gesetzlich festgeschriebenen Mindestanforderungen umfassen alle Einlagen z.B. auf Girokonten, Sicht-, Termin- und Sparkonten bis zu 100.000 Euro je Kunde und Institut.
Elastizität	In der Volkswirtschaftslehre ist die Elastizität ein Maß zur Bestimmung der relativen Änderung einer abhängigen Variablen auf die relative Änderung einer ihrer unabhängigen Variablen. Als anschauliches Beispiel lässt sich die Preiselastizität der Nachfrage betrachten, die eine relative Änderung der Nachfrage (abhängige Variable) als Reaktion auf eine relative Änderung des Preises (unabhängige Variable) misst.
Emission	Eine Emission beschreibt die Erstausgabe neuer Wertpapiere (Aktien, Anleihen) durch Emittenten wie Kreditinstitute, Unternehmen oder den Staat. Die Ausgabe von Wertpapieren dient in der Regel der Kapitalbeschaffung für den Emittenten und erfolgt meist über Ausschreibungen oder Versteigerungen. (Siehe auch Aktie, Anleihe)
Emissionsreduktions-gutschriften	Emissionsreduktionsgutschriften bezeichnen Zertifikate, die unter einem der flexiblen Mechanismen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen des Kyoto-Protokolls ausgegeben wurden ("Joint Implementation", JI, und "Clean Development Mechanism", CDM). Emissionsreduktionsgutschriften können mit bestimmten qualitativen Einschränkungen bis zu einer festgelegten Quote im EU-Emissionshandelssystem von Anlagenbetreibern zur Erfüllung ihrer Abgabeverpflichtungen eingesetzt werden. (Siehe auch EU-Emissionshandelssystem)
ERU	Emissionsreduktionseinheit, gehandelte Emissionseinheit im Rahmen des Gemeinschaftsreduktions-Verfahrens (GR) der UNO
Erwartungskanal	Der Erwartungskanal beschreibt die Transmission geldpolitischer Maßnahmen auf die Inflationserwartungen der Banken und Nichtbanken. Da die Zentralbank nur die kurzfristigen Zinsen auf dem Geldmarkt steuern kann, jedoch die langfristigen Realzinsen für die Investoren entscheidend sind, muss die Zentralbank durch die Kommunikation ihrer Zinsentscheidungen den Verlauf der Zinsentwicklung und die Inflationserwartungen in der Weise steuern, dass sie Einfluss auf die langfristigen Realzinsen nehmen kann. So führt beispielsweise eine Senkung des Leitzinses zu keiner Senkung der langfristigen Realzinsen, wenn erwartet wird, dass diese expansive Geldpolitik die zukünftige Inflation anfeuert. Jedoch kann die Zentralbank die Tatsache, dass Anleger und Tarifparteien diese Inflationserwartungen in ihre geforderten Renditen und Löhne mit einkalkulieren, für sich nutzen, indem sie sich eine Reputation zur entschiedenen Inflationsbekämpfung aufbaut. (Siehe auch Geldmarkt, Transmissionsmechanismus)
Erwerbsbevölkerung	Die Erwerbsbevölkerung besteht aus allen Personen einer Volkswirtschaft, die zu einem gegebenen Zeitpunkt erwerbstätig oder erwerbssuchend sind. Einfach ausgedrückt setzt sich die Erwerbsbevölkerung aus der Summe der Erwerbstätigen und Arbeitslosen zusammen. Nichterwerbspersonen (Kinder im schulpflichtigen Alter, Studierende und Rentner) zählen dabei nicht zur Erwerbsbevölkerung. (Siehe auch Arbeitslose)
EU-Emissionshandelsystem (EU ETS)	Das EU-Emissionshandelssystem ist ein marktbasiertes Instrument zur Regulierung des Ausstoßes von Treibhausgasen (z.B. Kohlendioxid (CO2), Schwefeldioxid, Stickoxid) in Europa. Es beschränkt die Emissionen im Stromsektor und verschiedenen emissionsintensiven Industriesektoren auf eine Emissionsobergrenze ("Cap"). Das Recht, das Äquivalent einer Tonne CO2 auszustoßen, wird damit zu einem handelbaren Gut. Das EU-Emissionshandelssystem wurde im Januar 2005 mit Beginn der ersten Handelsperiode (2005-2007) eingeführt. Die zweite Handelsperiode umfasste die Jahre 2012, und die aktuelle dritte Handelsperiode läuft bis 2020. (Siehe auch EU-Emissionsrecht)
EU-Emissionsrecht (EUA)	Ein EU-Emissionsrecht ("European Union Allowance", EUA) berechtigt zum Ausstoß einer Tonne CO2-Äquivalent. Die Menge an Emissionszertifikaten ist für die verschiedenen Handelsperioden des EU-Emissionshandelssystems durch die EU festgesetzt und stellt somit das gesamte verfügbare Angebot im EU-Emissionshandelssystem dar. EU-Emissionsrechte werden sowohl OTC als auch an verschiedenen Terminbörsen gehandelt. (Siehe auch European Climate Exchange, Emissionshandel, Termingeschäft)
Euro	Euro (ISO Währungscode EUR) ist der Name der europäischen Währung in den Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion (EWU), der bei der Tagung des Europäischen Rats am 15. und 16.12.1995 in Madrid beschlossen wurde. Er wird an Stelle der ursprünglich geplanten Bezeichnungen ECU (European Currency Unit) verwendet. (Siehe auch Europäische Währungsunion (EWU), Europäischer Rat)
Euro Interbank Offered Rate (Euribor)	Die Euro Interbank Offered Rate (Euribor) bezeichnet einen durchschnittlichen Zinssatz, den ausgewählte Banken (die sogenannten Panel-Banken) für unbesicherte Euro-Kredite verlangen. Zur Festsetzung des Euribor melden täglich um 11:00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit die betreffenden Banken den höchstgebotenen Zinssatz zu dem ein unbesicherter Euro-Kredit gewährt wird. Nach Aggregation der Werte, unter Ausschluss der höchsten und niedrigsten 15% der gemeldeten Werte, wird der Euribor der Öffentlichkeit mitgeteilt. Obwohl man oft von "dem" Euribor spricht, existieren tatsächlich 8 verschiedene Euribor-Sätze. Diese unterscheiden sich in der Laufzeit der Kredite (die Laufzeit beträgt z.B. eine Woche, oder ein, drei, sechs, zwölf Monate). Der Euribor bestimmt innerhalb der Europäischen Union maßgeblich den Zinssatz für eine Vielzahl an Krediten (bspw. für Hypothekendarlehen mit variabler Verzinsung) und für zahlreiche Zinsprodukte (wie z.B. für Swaps oder Forwards). (Siehe auch Euro Overnight Index Average (EONIA), Europäischen Union, Forward, London Interbank Offered Rate (Libor), Swaps)
Euro Overnight Index Average (EONIA)	Der Euro Overnight Index Average (EONIA) ist ein Durchschnittsatz für unbesicherte Tagesgelder im Euro-Interbankengeschäft, der seit dem 1.4.1999 von der Europäischen Zentralbank (EZB) auf Basis tatsächlich getätigter Umsätze berechnet wird. Zur Festsetzung des EONIA übermitteln ausgewählte Banken (die sogenannten Panel-Banken) täglich um 18:00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit die Zinsen für Tagesgeld sowie das Gesamtvolumen der Umsätze mit unbesicherten Tagesgeldausleihen an die EZB. Diese wiederum erstellt daraus einen gewichteten Durchschnittszins, den EONIA, und veröffentlicht diesen. Der EONIA ist ein weltweit anerkannter Referenzzins und dient für verschiedenste Finanzinstrumente als Basiswert. (Siehe auch Euro Interbank Offered Rate (Euribor), Europäische Zentralbank, Interbankenmarkt, London Interbank Offered rate (Libor))
Europäische Kommission	Als supranationales exekutives Organ der Europäischen Union (EU), vergleichbar mit einer nationalen Regierung, verantwortet die Europäische Kommission (abgekürzt auch EU-Kommission) von Brüssel aus die Umsetzung politischer Maßnahmen der EU und kontrolliert, zusammen mit dem Europäischen Gerichtshof, die Einhaltung des Europarechts. Die Kommission setzt sich dabei aus jeweils einem Kommissar bzw. einer Kommissarin jedes EU-Mitgliedsstaates zusammen, wobei eines dieser Kommissionsmitglieder auf Vorschlag des Europäischen Rats vom Europäischen Parlament zum Präsidenten der EU-Kommission ernannt wird und die restlichen Mitglieder unterschiedliche Ressorts vertreten. (Siehe auch Europäische Union, Europäischer Rat)

Europäische Investitionsbank (EIB)	Die Europäische Investitionsbank (EIB) ist die Finanzierungsinstitution der Europäischen Union (EU). Gegründet 1958 mit Sitz in Luxemburg, arbeitet die EIB eng mit den EU-Organen zusammen, um über die Finanzierung von Investitionen die Politik der EU umzusetzen und die europäische Integration zu fördern. Neben den EU-Zielen verfolgt sie aber auch, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU-Partnerländer in der ganzen Welt. Um dieses Ziel zu erreichen, vergibt sie langfristige Darlehen sowie Bürgschaften an öffentliche und private Investoren und wirkt dabei noch beratend in verwaltungs- und projekttechnischen Fragen. Die Mittel für ihre Finanzierungsgeschäfte beschafft sie sich dabei durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt und nicht aus dem EU-Haushalt. (Siehe auch Europäische Union, Kapitalmarkt)
Europäischer Rat	Der Europäische Rat legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Europäischen Union fest, wird jedoch nicht selbst gesetzgeberisch tätig. Er setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (der zugleich Vizepräsident der Europäischen Kommission ist) nimmt an seinen Arbeiten teil. Der Europäische Rat tritt zweimal pro Halbjahr zusammen, kann jedoch von seinem Präsidenten auch zu außerordentlichen Tagungen einberufen werden, und trifft Entscheidungen gewöhnlich im Konsens. Die Mitglieder des Europäische Rates selbst wählen den Präsidenten mit qualifizierter Mehrheit und die Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre. (Siehe auch Europäische Union, Europäische Kommission)
Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	Als internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg, trat der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) am 27. September 2012 in Kraft und wird als Teil des „Euro-Rettungsschirms“ die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen und langfristig zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes beitragen. Die Aufgabe des ESM ist es, Mitgliedsstaaten des Euroraums, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind und die Stabilität des Euro-Währungsgebietes herausfordern, unter strikten wirtschaftspolitischen Auflagen, Notkredite und Bürgschaften zur Verfügung zu stellen, um deren Zahlungsfähigkeit zu wahren. (Siehe auch Euroraum)
Europäischer Wechselkursmechanismus (WKM)	Um innereuropäische Währungsschwankungen zu reduzieren und somit ein Europa zunehmender Geldwertstabilität zu schaffen, wurde schon vor der Einführung des Euro ein Europäischer Wechselkursmechanismus geschaffen. Nach der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde dieser durch den sogenannten Europäischen Wechselkursmechanismus II abgelöst. Der WKM II setzt nicht nur den Rahmen der wechselkurspolitischen Zusammenarbeit zwischen dem Eurosystem, sondern regelt auch im Rahmen der Konvergenz-Kriterien die Bedingungen zur Einführung des Euro in potentiellen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. (siehe Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Konvergenz-Kriterien, Maastricht-Kriterien, Wechselkurskriterium)
Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)	Der Europäische Wirtschaftsraum besteht neben den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) aus den drei Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) (Island, Liechtenstein und Norwegen). (Siehe auch Europäische Union (EU))
Europäisches Währungssystem (EWS)	Das Europäische Währungssystem (EWS) war ein Abkommen zur Stärkung der währungspolitischen Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG). Es wurde am 13.3.1979 vom Europäischen Rat beschlossen und war eine Vorstufe zur Europäischen Währungsunion (EWU). Wichtigstes Ziel des EWS war die Schaffung von Währungsstabilität innerhalb der EG. Mit Beginn der dritten Stufe der EWWU am 1.1.1999 wurde das EWS beendet und durch den Euro abgelöst. Danach wurde das EWS II eingeführt, für Länder, die noch nicht an der Währungsunion teilnehmen, aber teilnehmen wollen. Für eine Teilnahme ist eine Fixierung der sogenannten Zentralparität der nationalen Währungen gegenüber dem Euro erforderlich (siehe auch Wechselkurskriterium). (Siehe auch Euro, Europäischer Rat, Europäische Währungsunion (EWU), Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Wechselkurskriterium)
Europäische Währungsunion (EWU)	Die Europäische Währungsunion (EWU) ist die unwiderrufliche Fixierung der bilateralen nationalen Währungen, die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung (Euro) und die Zentralisierung der Geldpolitik im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Der Übergang zur Europäischen Währungsunion (EWU) am 1.1.1999 ist Bestandteil und markiert zugleich die Endstufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). (Siehe Europäisches Systems der Zentralbanken (ESZB), Europäische Währungsunion (EWU), Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Euroraum, Geldpolitik)
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)	Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ist der vollendete europäische Binnenmarkt, ergänzt durch eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs und eine einheitliche Geldpolitik mittels Einführung der gemeinsamen Währung – Euro – und Schaffung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). Der Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1.1.1999 markiert die dritte und letzte Stufe der EWWU. (Siehe auch Binnenmarkt, Europäischen Währungsunion (EWU), Europäisches Systems der Zentralbanken (ESZB), Geldpolitik)
Europäische Zentralbank (EZB)	Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die Zentralbank, der an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmenden Staaten. Die EZB bildet zusammen mit den nationalen Zentralbanken (NZB) das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Das vorrangige Ziel der EZB und des ESZB ist die Sicherung der Preisstabilität. Daneben sollen EZB und ESZB auch die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft unterstützen, allerdings nur soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist. Zentrales Beschlussorgan der EZB ist der EZB-Rat, der aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums der EZB und den Präsidenten, der an der EWU teilnehmenden NZB besteht. Das Direktorium der EZB setzt sich aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten sowie vier weiteren Mitgliedern zusammen, die vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt werden. (Siehe auch Europäische System der Zentralbanken (ESZB), Europäischen Währungsunion (EWU), EZB-Rat, Nationale Zentralbanken (NZB), Preisstabilität)
Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	Das Europäische System der Zentralbanken besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten, d. h. es umfasst außer den nationalen Zentralbanken (NZB) des Eurosystems auch die nationalen Zentralbanken jener EU-Mitgliedstaaten, die den Euro (noch) nicht eingeführt haben. Das oberste Führungsgremium des ESZB ist der Erweiterte Rat, dem der EZB-Präsident, der EZB-Vizepräsident sowie die Präsidenten bzw. Gouverneure der Zentralbanken aller EU-Mitgliedsstaaten angehören. (Siehe auch Europäische Union, Europäische Zentralbank, Nationale Zentralbanken (NZB))
European Climate Exchange (ECX)	Die European Climate Exchange (ECX) ist der weltweit größte Handelsplatz für Termingeschäfte mit CO2-Zertifikaten. (Siehe auch EU-Emissionshandelssystem, Emissionsrecht, Termingeschäft)

European Currency Unit (ECU)	Die unter der Abkürzung ECU (European Currency Unit) bekannte Europäische Währungseinheit war eine künstliche Währungseinheit (Buchwährung) im Europäischen Währungssystem (EWS), der Vorstufe der Europäischen Währungsunion (EWU). Der ECU war durch einen Währungskorb definiert, der sich aus den Währungen der zwölf bis 1993 der Europäischen Gemeinschaft beigetretenen Staaten zusammensetzte (Euro12 ohne Österreich und Finnland, plus Großbritannien und Dänemark). Seit der Einführung des Euros am 1.1.1999 existiert der ECU nicht mehr. Alle auf ECU lautende Beträge wurden 1:1 in Euro umgerechnet. (Siehe auch Euro, Europäische Währungsunion (EWU), Europäisches Währungssystem)
Euroraum	Der Euroraum besteht aus jenen der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die als gemeinsame Währung den Euro eingeführt haben. Seit dem 1. Januar 2015 umfasst der Euroraum 19 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern. (Siehe auch Europäische Union [EU])
Event-Risiko/Ereignis-Risiko	Das Risiko, dass ein Ereignis ein einzelnes Unternehmen, einen Sektor oder einen Markt negativ beeinflusst.
Exchange-Traded Fund (ETF)	Ein ETF (Exchange-Traded Fund = börsengehandelter Fonds) ist eine spezielle Art von Indexfonds, dessen Anteile an den Börsen gehandelt werden können. Er bildet einen Index, einen Korb von Anlagewerten oder auch nur einzelne Anlagewerte, wie z.B. einzelne Rohstoffe ab.
EZB-Rat	Der EZB-Rat ist das oberste Organ der Europäischen Zentralbank (EZB), bestehend aus den sechs Mitgliedern des Direktoriums der EZB und den Präsidenten, der an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmenden Nationalen Zentralbanken (NZB). (Siehe auch Europäischen Währungsunion (EWU), Europäische Zentralbank (EZB), Nationalen Zentralbanken (NZB))
F	
Federal Funds Target Rate	Die Federal Funds Target Rate ist derjenige Zinssatz, den das Federal Open Market Committee (FOMC) als amerikanischen Leitzins festlegt und durch Offenmarktgeschäfte durchsetzt.
Federal Open Market Committee (FOMC)	Das Federal Open Market Committee steht für den Offenmarktausschuss der US-amerikanischen Notenbank, der Federal Reserve, und besteht aus insgesamt 12 Mitglieder. Sieben dieser Mitglieder gehören ebenso dem Ausschuss der Zentralbank (Fed's Board of Governors) an. Die restlichen Mitglieder setzen sich auf rotierender Basis aus den 12 Präsidenten der Notenbanken zusammen (wobei dem Präsidenten der New Yorker Notenbank ein ständiger Sitz zukommt). Das FOMC tagt 8-mal im Jahr, um über die US-amerikanische Geldpolitik (Festsetzung des Leitzinses, Interventionen am Devisenmarkt, Kauf von Staatsanleihen) zu entscheiden, bzw. einen Ausblick über künftige Zinsentwicklungen zu geben. (Siehe auch Anleihen, Board of Governors, Devisenmarkt, Federal Funds Target Rate, Federal Reserve Bank, Geldpolitik)
Federal Reserve System (Fed)	Das Federal Reserve System (Fed) besteht aus dem Ausschuss der Zentralbank (Fed's Board of Governors), 12 regionalen Federal Reserve Banks, dem Federal Open Market Committee und einer Vielzahl von Finanzinstitutionen (Mitgliedspflicht ab einer bestimmten Größe) und bildet in seiner Gesamtheit die US-amerikanische Notenbank. Neben der allgemeinen Geldpolitik übernimmt die Fed auch regulatorische Aufgaben und stellt die Bankenaufsicht, um die Stabilität des Finanzsystems zu bewahren. Zusätzlich kümmert sich die Fed um die Aufrechterhaltung des Zahlungssystems und dient als Banker für das Finanzministerium der Vereinigten Staaten. (Siehe auch Bankenaufsicht, Bord of Governors, Federal Open Market Committee, Geldpolitik, Zentralbank)
Feinsteuerungsoperation	Feinsteuerungsoperationen sind geldpolitische Instrumente, die zugelassenen Banken die Möglichkeit einräumen kurzfristige Liquiditätsschwankungen mit Zentralbankgeld auszugleichen. Gängige Feinsteuerungsoperationen wie Termineinlagen oder Devisenswaps werden dafür per Schnelltenderverfahren durchgeführt. Ziel dieser Feinsteuerungsoperationen ist es starke Zinsausschläge am Geldmarkt zu verhindern. (Siehe auch Devisenswapgeschäfte, Offenmarktgeschäft)
Feinunze	Die Feinunze (im englischen auch 'Troy Ounce') ist ein Gewichtsmaß für den Edelmetallanteil (Gold, Silber, Platin oder Palladium). Eine Feinunze entspricht dabei 31,1034768 Gramm. Zu unterscheiden ist die Feinunze von der normalen Unze, welche ein geringeres Gewicht von 28,35g aufweist.
Fester Wechselkurs	Wechselkurse zwischen Währungen, die sich auf einem vordefinierten Niveau befinden und sich nicht Veränderungen im Angebot und Nachfrage anpassen.
Fiat money (Fiatgeld)	Fiat money (Fiatgeld), auch als Papiergeld bezeichnet, ist ein Zahlungsmittel ohne intrinsischen Wert. Papiergeld bekommt erst dadurch einen Wert, dass es als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann. Dies kann, in der Regel, durch die Festlegung als allgemeines, gesetzliches Zahlungsmittel durch die Regierung, erreicht werden. Im Gegensatz zu Fiatgeld dient Warengeld (z.B. Gold und Silber), das neben dem äußeren Tauschwert auch einen intrinsischen Wert besitzt, unabhängig von geldpolitischen Entscheidungen als Tauschmittel.
Finanzmarkt	Der Finanzmarkt ist ein Oberbegriff für alle Märkte, auf denen ein Handel mit Finanzinstrumenten stattfindet (Devisenmarkt, Geldmarkt, Kapitalmarkt). Finanzmärkte können dabei entweder reguliert über Börsen oder frei zwischen zwei Parteien "über den Tresen" (außerbörslicher Handel) funktionieren. (siehe auch Außerbörslicher Handel, Devisenmarkt, Geldmarkt, Kapitalmarkt)
Finanzstabilität	Finanzstabilität beschreibt die Fähigkeit des Finanzsystems, seine Funktionen, wie zum Beispiel die reibungslose Allokation von Finanzmitteln und Abwicklung von Finanztransaktionen, jederzeit effizient zu erfüllen. Dies gilt insbesondere in Zeiten struktureller Umbrüche und Phasen der Anspannung. Im Rahmen der makroprudenziellen Überwachung arbeiten zum Beispiel in Deutschland die Deutsche Bundesbank, das Bundesfinanzministerium, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung im Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) zusammen, um systemische Krisen, die die Finanzstabilität bedrohen könnten, vorzubeugen. (Siehe auch Deutsche Bundesbank, Makroprudenzielle Überwachung, Systemisches Risiko)
Finanztransaktionssteuer	Die Finanztransaktionssteuer ist eine Steuer auf den Handel mit Wertpapieren oder Derivaten. Ziel der Erhebung einer solchen Steuer ist die Eindämmung von spekulativen Finanzgeschäften sowie des Hochfrequenzhandels, da diese im Verdacht stehen, Auslöser bzw. Katalysator der Finanzkrise gewesen zu sein. (Siehe auch Aktie, Anleihe, Derivat, Europäische Kommission, Europäische Union (EU))
Fiskalkriterien	Die Fiskalkriterien sind die beiden haushaltspolitischen Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Europäische Währungsunion (EWU), die im Maastrichter Vertrag festgelegt sind. Diese beiden Kriterien sind das Defizitkriterium und das Schuldenstandskriterium. (Siehe auch Defizitkriterium, Europäische Währungsunion (EWU), Konvergenzkriterien, Maastrichter Vertrag)

Fixing	Regelmäßig zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgenommene Bestimmung eines festen Referenz(wechsel)kurses (z.B. an einer Börse oder durch eine Zentralbank).
Flattener trade	Positionierung in Erwartung einer Abflachung der Zinsstrukturkurve
Floating Rate Notes	(siehe auch Variabel verzinsliche Anleihe)
Fonds-Anteil, Investmentanteil	Miteigentumsrechte verbriefendes Wertpapier, das von Investmentgesellschaften ausgegeben wird. Der Wert errechnet sich durch Division des Fondsvermögens durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile.
Forderungsbesichertes Commercial Paper	Ein forderungsbesichertes Commercial Paper (im englischen 'Asset Backed Commercial Paper', ABCP) ist eine Schuldverschreibung mit meist 3-9 Monaten Laufzeit, welche durch Kreditforderungen besichert ist. Ähnlich der Forderungsbesicherten Wertpapiere werden diese von Zweckgesellschaften ausgegeben, welche die Forderungen von Kreditinstituten abgekauft haben um diese zu bündeln und als forderungsbesicherte kurzfristige Anleihe weiterzuverkaufen. (Siehe auch Forderungsbesichertes Wertpapier)
Forderungsbesichertes Wertpapier	Ein forderungsbesichertes Wertpapier (auch Verbriefung, im englischen 'Asset Backed Security', ABS) ist eine verzinsliche Anleihe, welche durch Kreditforderungen (häufig ein diversifiziertes Portfolio aus Hypotheken- oder Automobilkredite) besichert ist und von sogenannten Zweckgesellschaften ausgegeben wird. Zins- und Tilgungszahlungen von forderungsbesicherten Wertpapieren sind abhängig von den Zahlungsströmen des verbrieften Kreditportfolios. Die Anleihen sind darüber hinaus strukturiert, d.h. die Ausfallrisiken des zugrunde liegenden Kreditportfolios werden unterschiedlich - entsprechend einer vorab festgelegten Kapitalstruktur - auf die Anleihegläubiger verteilt. (Siehe auch Anleihen)
Forward	Ein unbedingtes nicht-standardisiertes Termingeschäft wird auch als Forward bezeichnet, da der Handel nicht standardisiert über eine Börse verläuft, sondern unter frei verhandelten Bedingungen außerbörslich vollzogen wird. Die zugrundeliegenden Basiswerte sind sehr unterschiedlich, meist jedoch Devisen und Zinsen. (Siehe auch Außerbörslicher Handel, Devisen, Termingeschäft)
Free on Board (FOB)	Vertragsbasis für Öldestillate. FOB ("Free on Board") ist eine Lieferklausel im Schiffsverkehr, unter welcher der Verkäufer keine Versicherungspflicht hat und die Lieferung an Bord des Schiffes erfolgt. Eine andere gebräuchliche Vertragsbasis ist "Cost Insurance and Freight" (CIF). (Siehe auch "Cost Insurance and Freight" [CIF])
Fuel Switching	Grenzwert beim Treibstoffpreis, ab dem die Stromerzeugung mit Gas wirtschaftlicher wird als die kohlebasierte Stromerzeugung
Future	Ein Future ist genauso wie ein Forward ein Termingeschäft, wobei der Future standardisiert an der Börse und der Forward nicht-standardisiert außerbörslich gehandelt wird. (siehe auch Außerbörslicher Handel, Derivat, Forward, Termingeschäft)
FX	"Foreign Exchange" bzw. Devisen
G	
G7-, G8-, G10- und G20-Staaten	Um die internationale Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Ländern mit vergleichbaren wirtschaftlichen Interessen zu fördern, stellen die G7-, G8-, G10- und G20-Staaten verschiedene informelle Zusammenschlüsse dar. Die G8-Staaten umfasst die acht größten Industrienationen (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland [ist zur Zeit ausgeschlossen], USA). Die G10-Staaten ist ein Zusammenschluss der wichtigsten Industrieländern, welcher sich mit Währungs- und Finanzmarktproblemen beschäftigt. Ergänzt man die G10 um 10 weitere große Industrienationen (inklusive wichtiger Schwellenländer), so erhält man den Staatenzusammenschluss der G20.
Geldmarkt	Auf dem Geldmarkt versuchen Banken, größere Unternehmen, Versicherungen und auch der Staat kurzfristige Liquiditätsüberschüsse anzulegen, bzw. bei kurzfristigen Liquiditätsengpässen Kredite aufzunehmen. Neben solchen kurzfristigen Liquiditätsgeschäften werden über den Geldmarkt auch Kredite mit längerer Laufzeit (bis maximal 12 Monate) zwischen Banken vereinbart. Auf dem Geldmarkt kommt dabei der Zentralbank, durch die Festlegung des Einlagesatzes und des Spitzenrefinanzierungssatzes (im Falle der EZB), eine entscheidende Rolle zu. Durch die Vorgabe dieser Sätze wird ein Zinskorridor geschaffen bei dem der Einlagesatz als untere und der Spitzenrefinanzierungssatzes als obere Grenze für Geldmarktsätze mit vergleichbarer Laufzeit fungiert. Darauf aufbauend bilden sich die Zinssätze für längere Laufzeit. (Siehe auch Hauptrefinanzierungsgeschäft, Liquidität)
Geldmarktpapiere	Spezielle Wertpapiere, meist kurzfristige abgezinste Schuldverschreibungen (Laufzeit <1 Jahr), die zur Beschaffung kurzfristiger Liquidität dienen bzw. emittiert werden. Im US-amerikanischen zählen dazu kurzfristige Staatsanleihen wie die 'Treasury Bills'. Außerdem rechnet man hierzu auch unterjährige Schuldverschreibungen von Banken und Unternehmen. (Siehe auch Liquidität, Treasury Bills)
Geldmenge	Die Geldmenge ist die Summe der Geldbestände eines Währungsgebietes, die der inländische Nichtbankensektor zu einem bestimmten Zeitpunkt hält. Hierzu zählen grundsätzlich der Bargeldumlauf, sowie unterschiedlich weite Abgrenzungen der Einlagen bei Banken, je nach dem Grad ihrer Geldnähe. Die Europäische Zentralbank beobachtet die Entwicklung der Geldmenge (in der weit gefassten Abgrenzung M3) im Rahmen ihrer geldpolitischen Strategie. (Siehe auch Europäische Zentralbank, Geldpolitischen Strategie, M1-M3, Nichtbanken)
Geldpolitik	Geldpolitik ist die Gesamtheit der Maßnahmen zur Steuerung des Geldumlaufs und der Kreditversorgung in einer Volkswirtschaft. Der Träger der Geldpolitik ist die Zentralbank des Währungsgebietes, im Fall der Länder der Europäischen Währungsunion (EWU) also die Europäische Zentralbank (EZB). Zur Durchführung der Geldpolitik stehen der EZB verschiedene geldpolitische Instrumente zur Verfügung, deren Einsatz eine bestimmte geldpolitische Strategie zugrunde liegt. (Siehe auch Europäischen Währungsunion (EWU), Europäische Zentralbank (EZB), Geldpolitische Strategie)
Geldpolitische Strategie	In Rahmen der geldpolitischen Strategie wird die spezifische Art und Weise, wie das Eurosystem sein vorrangiges Ziel – die Gewährleistung der Preisstabilität – verfolgt, festgelegt. Die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) beruht auf zwei Säulen: Einerseits beobachtet die EZB die Geldmenge und gibt hierbei einen Referenzwert für das jährliche Geldmengenwachstum bekannt. Andererseits wird eine breit fundierte Bewertung der Aussichten für die künftige Preisentwicklung und der Risiken für die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet vorgenommen. Diese Bewertung stützt sich auf eine Palette von Wirtschaftsindikatoren, die Informationen über die künftige Preisentwicklung bieten (bspw. Löhne, Wechselkurs, langfristige Zinsen). Eine geldpolitische Strategie beschreibt also in kohärenter und strukturierter Form, wie geldpolitische Entscheidungen vor dem Hintergrund des Verhaltens von Wirtschaftsindikatoren getroffen werden, um die wirtschaftspolitischen Ziele der Zentralbank zu erreichen. (Siehe auch Europäischen Zentralbank (EZB), Geldmenge, Preisstabilität)

Geldschöpfung	Durch die Gewährung von Krediten der Zentralbank an die Geschäftsbanken wird Zentralbankgeld geschaffen. Die Geschäftsbanken wiederum schaffen (Buch-)geld durch ihre Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen. Die vergebenen Kredite müssen jedoch mit einer bestimmten Menge an Zentralbankreserven, dem Mindestreservesatz, und abhängig vom Risiko des vergebenen Kredites, mit Eigenkapital abgesichert werden. Da die Geschäftsbanken lediglich Buchgeld, aber kein Zentralbankgeld schaffen können, müssen sie sich das benötigte Zentralbankgeld von der Zentralbank oder über den Geldmarkt von anderen Banken mit überschüssigen Reserven, leihen. Auf diesem Weg kann die Zentralbank mithilfe des Leitzinses die Geldschöpfung der Banken beeinflussen, indem sie z.B. durch eine Erhöhung des Leitzinses die Kosten der Banken für die Kreditvergabe erhöht. (Siehe auch Buchgeld, Geldmarkt, Mindestreservesatz, Zentralbank, Zentralbankgeld)
Gewinnrendite (Earnings Yield)	Reziproker Wert des Kurs-Gewinn-Verhältnisses (KGV). Die Gewinnrendite wird in der fundamentalen Wertpapieranalyse vor allem zum Bewertungsvergleich zwischen dem Aktien- und dem Rentenmarkt herangezogen. Liegt sie deutlich unter dem aktuellen Renditeniveau am Rentenmarkt, so sind Aktien vergleichsweise hoch bewertet. (Siehe auch Aktiemarkt, Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV), Rentenmarkt)
GKR	Golf-Kooperationsrat, eine sechs Golfstaaten umfassende Organisation
Goldreserven	Unter Goldreserven werden im Allgemeinen die nationalen Goldbestände bezeichnet, die sich im Besitz der Zentralbank befinden. Mit der Einführung des Goldstandards akkumulierten Zentralbanken große Mengen an Goldreserven um ihre Geldbestände zu decken. Mit der Auflösung des Goldstandards reduzierten viele Zentralbanken ihre Goldbestände und finanzierten damit bestehende Staatsschulden. Damit der Goldpreis durch zu hohe Verkäufe der Zentralbanken nicht erheblich sinkt, schlossen sich die Staaten mit den größten Goldreserven am 26. September 1999 in Washington DC im sogenannten Central Bank Gold Agreement zusammen und regelt damit die Volumina ihrer Goldverkäufe für die folgenden fünf Jahre. (Siehe auch Goldstandard, Zentralbank)
Goldstandard	Der Goldstandard ist eine Währungsordnung, bei der der Wert der Währung direkt an den Goldpreis gekoppelt ist. D.h. entweder besteht die Währung aus Goldmünzen oder aus Papiergeld, das die Zentralbank jederzeit bereit ist, zu einem bestimmten Wechselkurs in unbeschränkter Menge, in Gold umzutauschen. Wenn sich mehrere Länder für einen Goldstandard entscheiden, dann werden dadurch die relativen Preise zwischen ihren nationalen Währungen (nominale Wechselkurse) fixiert. (Siehe auch Fiatgeld, Fester Wechselkurs, Wechselkurs)
Grundlast	Die Grundlast bezeichnet die Minimalbelastung eines Stromnetzes, die rund um die Uhr nachgefragt wird. Da die jeweilige Grundlast von saisonalen Schwankungen und vom Versorgungsgebiet abhängt, kann die Grundlast je nach Raum und Zeit sehr stark variieren. Um die benötigte Grundlast zu produzieren sind sogenannte Grundlastkraftwerke (Kernkraftwerke, Braunstoffkohlekraftwerke, Laufwasserkraftwerke, Windkraftanlagen) ständig in Betrieb. Da zu Stoßzeiten die Stromnachfrage stark ansteigen kann, müssen, um die Spitzenlast erreichen zu können, zusätzliche Spitzenlastkraftwerke (Pumpspeicherkraftwerke und Gasturbinenkraftwerke) zugeschaltet werden. (Siehe auch Spitzenlast)
H	
Haircut	Unter einem Haircut versteht man den prozentualen Abschlag auf den Wert eines Wertpapiers, das bspw. als Sicherheit bei einem Kreditgeschäft hinterlegt wird. Wenn z.B. ein Kreditinstitut bei einer Zentralbank Geld leihen möchte, dann muss dieses Wertpapiere als Sicherheit hinterlegen. Auf den gegenwärtigen Wert dieser Wertpapiere wird ein Abschlag, der Haircut, berechnet, wenn das eingereichte Wertpapier größeren Wertschwankungen unterliegt. Da durch den verringerten Wert die Kreditsumme schrumpft, kann der Haircut auch als Ausfallsicherung betrachtet werden. (Siehe auch Zentralbank)
Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI)	Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist der Preisindex, der von der Europäischen Zentralbank zur Beurteilung, ob Preisstabilität gewährleistet ist, herangezogen wird. Dieser Index wurde ursprünglich für die Beurteilung der Preiskonvergenz, also des Inflationskriteriums, entwickelt. Um die internationale Vergleichbarkeit der nationalen Preisindizes herzustellen, werden die Konsumgüterausgaben nach einzelnen Produktgruppen und darauf aufbauenden Subindizes unterteilt. Es gibt jedoch keinen allgemeinen europäischen Güterkorb. Die Gewichte, mit denen die Subindizes (und damit die Produktgruppen) in die nationalen HVPIs eingehen, werden je nach Bedeutung der Ausgaben für die Produktgruppen im betrachteten Land variieren. Die Erfüllung des Referenzwertes für das Inflationskriterium durch einzelne Länder wurde dann mit dem jeweils berechneten HVPI gemessen. (Siehe auch Europäische Zentralbank, Inflation, Preisstabilität)
Hauptrefinanzierungs-geschäft	Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sind das wichtigste geldpolitische Instrument der Europäischen Zentralbank (EZB) und dienen vornehmlich der Steuerung der Zinsen und der Geldmenge im Euroraum. Dazu bietet die EZB allen Kreditinstituten, die gewisse Kriterien erfüllen, im Austausch gegen notenbankfähige Sicherheiten wöchentlich über Ausschreibungen, auf eine Woche befristetes Zentralbankgeld. Wenn vom Leitzins der EZB die Rede ist, wird damit normalerweise der Hauptrefinanzierungssatz gemeint. Da jede Veränderung des Hauptrefinanzierungssatzes die Kosten der Geldbeschaffung der Kreditinstitute beeinflusst und über die Zinssätze für Kredite an die Kunden weitergegeben wird, kann die EZB über ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte das gesamte Zinsspektrum der Banken beeinflussen. Zusätzlich zielt die EZB mit der Festsetzung ihres Hauptrefinanzierungssatzes darauf ab, Signale über ihren geldpolitischen Kurs an die Öffentlichkeit zu senden. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat die Bedeutung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte abgenommen und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte sind mehr in den Vordergrund getreten. (Siehe auch Europäische Zentralbank, Euroraum, Geldpolitik, Offenmarktgeschäft, Ständige Fazilität, Notenbankfähige Sicherheiten, Standardtender, Zentralbank)
Haushaltsdefizit	Ein Haushaltsdefizit ist eine durch Kreditaufnahme zu finanzierende Lücke im staatlichen Haushalt. Ein Defizit liegt vor, wenn im Haushaltsplan bzw. in der Haushaltsrechnung die geplanten bzw. tatsächlichen Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung) die geplanten bzw. tatsächlichen Einnahmen aus Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträgen) und Erwerbseinkünften übersteigen. Aussagekräftig wird das Defizit wenn es in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt wird. Die entsprechende Relation zeigt an, wie groß die jährliche Neuverschuldung bezogen auf die Wirtschaftsleistung dieses Jahres war. Der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft sieht für die Teilnahme an der Währungsunion eine Obergrenze des Defizits vor; begründet wird dies mit der Idee einer langfristigen tragfähigen Verschuldung. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt, Defizitkriterium, Fiskalkriterien, Währungsunion)

Hawkish	Hawkish (von 'Hawk' engl. für 'Falke') beschreibt eine eher vorauseilende Einstellung in Bezug auf Leitzinserhöhungen bei sich abzeichnenden Inflationsrisiken. Das Gegenteil von hawkish ist dovish. Ein geldpolitischer "Falke" ist daher jemand, der den gegenwärtigen Nutzen aus weiter niedrig gehaltenen Leitzinsen niedriger einschätzt, als die Gefahren und Kosten einer zukünftig möglicherweise höheren Inflationsrate. (Siehe auch Dovish, Inflation)
Hedgefonds	Hedgefonds unterliegen keinerlei Anlagerichtlinien und ihre Manager können somit in jede erdenkliche Form der Kapitalanlage investieren z.B. in exotische Derivate. Sie zeichnen sich daher durch ein höheres Risiko aus, im Gegenzug dafür bieten sie jedoch ein breit gefächertes Anlagespektrum und ein hohes Performancepotential. Die Kapitaleinlagen sind in der Regel vertraglich vereinbart für eine Laufzeit von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren und typischerweise werden erfolgsabhängige Managementgebühren bezahlt werden. (Siehe auch Derivat)
HGT	Heizgradtag, Einheit zur Messung der Nachfrage nach Heizenergie
HSFO	Sulfurreiches Heizöl (*High Sulphur Fuel Oil*), eine Heizölart
HT-Platten	Gewalzte Metallbleche aus kaltverformbarer Aluminiumlegierung
I	
iBoxx	iBoxx ist der Name einer Familie von Anleihen Indices. Die EUR Index Familie bezieht sich lediglich auch EUR-denominierte Anleihen wohingegen die USD Index Famile nur auf USD-denominierte Anleihen bezieht. Ohne die explizite Angabe der Währung beziehen wir uns üblicherweise auf die EUR Indices. Die iBoxx Indices sind regelbasiert, d.h. alle Anleihen welche die entsprechenden Kriterien erfüllen werden in den Index aufgenommen. Es gibt sowohl Investment Grade als auch High Yield Indices. Wesentliche Sub-Indices schließen zum Beispiel Financials (Finanz-Unternehmen) als auch Non-Financials (Nicht-Finanz Unternehmen) ein. Darüber hinaus kann auch in Senior Anleihen und Nachrang (oder Hybrid) Anleihen unterschieden werden.
ICP-Prognose	Harmonized Index of Consumer Prices: EU-weit standardisiertes Maß zur Messung der Inflation
Inflation	Inflation ist der anhaltende Prozess der Geldentwertung, der sich in einem trendmäßigen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus zeigt (Gegensatz: Deflation). In diesem Sinne liegt keine Inflation vor, wenn ein einzelner Preis über einen längeren Zeitraum steigt, oder wenn infolge eines ungewöhnlichen Ereignisses (z.B. Missernte) das allgemeine Preisniveau einmalig ansteigt. Für die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank spielt die Analyse der Inflationsentwicklung eine wichtige Rolle. (Siehe auch Europäischen Zentralbank, Deflation, Geldpolitische Strategie, Preisstabilität)
Inflationserwartung	Erwartung der Öffentlichkeit über die Entwicklung der Inflationsrate. Diese Erwartung determiniert das Ausmaß der Effektivität auf die Gesamtwirtschaft, welches die Zentralbank über ihre geldpolitischen Handlungen erreichen kann. (Siehe auch Inflation, Zentralbank)
Inflationsgeschützte Anleihen	Eine Inflationsgeschütze Anleihe ist an einen Inflationsindex gekoppelt, wie zum Beispiel der Verbraucherpreisindex. Bei einem Anstieg des Indexes während der Laufzeit erhöhen sich sowohl die Kuponzahlungen als auch die Rückzahlung am Ende der Laufzeit proportional um den Anstieg des Indexes. Ein sinken des Indexes wirkt nicht negativ auf den Rückzahlungswert aus, so dass der Gläubiger immer mindestens sein Nominal zu 100% zurückerhält.
Inflation-Linked Bonds	(siehe auch Inflationsgeschützte Anleihen)
Inflationssteuer	Beschreibt den wirtschaftlichen Nachteil, der aus der inflationsbedingten Geldentwertung erwächst und – wie bei eine Steuer – zu einer Ressourcenverschiebung zwischen dem privaten Sektor und der Regierung führt. Wenn Regierungsausgaben eher durch das Drucken von Geld als durch Steuereinnahmen oder der Ausgabe von Staatsanleihen finanziert werden, dann reduziert die aufkommende Inflation den Realwert des Geldes und denjenigen Personen, die gezwungen sind Geld zu halten, entstehen Kosten der Geldhaltung. Diese Kosten der Geldhaltung erodieren im gleichen Maße den realen Schuldenwert des Staates – was im übertragenen Sinne die Ressourcenverschiebung weg von Unternehmen und Konsumenten hin zur Regierung darstellt. (Siehe auch Anleihen, Inflation)
Inflationssteuerung (Inflation Targeting)	Die Inflationssteuerung (englisch: inflation targeting) ist eine geldpolitische Strategie, die auf dem Ziel der Preisstabilität basiert und dieses ohne Zwischenziel, wie z.B. die Wachstumsraten der Geldmenge, ansteuert. Ziel dieser Strategie ist es, einen Zielwert für die Inflationsrate öffentlich festzulegen, diesen mit der mittelfristigen Inflationsprognose der Zentralbank zu vergleichen und bei Abweichung vom Inflationsziel zu "intervenieren". Um den Wirkungsverzögerungen des geldpolitischen Transmissionsmechanismus Rechnung zu tragen, werden bei der Prognose eine Vielzahl von Daten berücksichtigt (bspw. Importpreise, Lohnstückkosten, oder die Produktionslücke). Sollte die mittelfristig prognostizierte Inflation über/unter dem Zielwert liegen, wird die Zentralbank einen restriktiveren/expansiveren geldpolitischen Kurs einschlagen. Die geldpolitischen Instrumente dafür sind dabei die üblichen, auch wenn sich damit das Preisniveau nur indirekt beeinflussen lässt. (Siehe auch Geldpolitik, Geldpolitische Strategie, Inflation, Lohnstückkosten, Preisstabilität, Produktionslücke, Transmissions-mechanismus, Zentralbank)
Interbankenmarkt	Als Interbankenmarkt versteht man jenen Markt, an dem die Gesamtheit der zwischen Banken stattfindenden Geschäfte getätigt wird. Neben Devisen, Wertpapieren und Derivaten werden auch kurzfristige liquiditätsausgleichende Geschäfte (Geldmarktgeschäfte) im Interbankenmarkt zusammengefasst. (Siehe auch Devisen, Derivat, Geldmarkt)
International Copper Study Group (ICSG)	Die International Copper Study Group (ICSG) wurde 1992 als staatliche internationale Organisation mit Sitz in Lisabon gegründet und verfolgt den Zweck die Transparenz der Kupfermärkte zu erhöhen und internationale Kooperationen in allen Kupferangelegenheiten zu fördern. Somit ist die ICSG das einzige rein kupferbezogene Forum, das die Industrie und die Regierung zusammenbringt um gemeinsame Probleme und Ziele zu besprechen.
Internationale Energieagentur (IEA)	Die Internationale Energieagentur (IEA) mit Sitz in Paris wurde als Reaktion auf die Ölkrise von 1973/74 gegründet. Die 16 Gründungsmitglieder haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Energieversorgungssicherheit unter den Mitgliedsländern zu sichern. Hierzu zählen der Aufbau strategischer Ölreserven, aber auch die Entwicklung neuer, umweltschonender und nachhaltiger Energietechnologien durch internationale Zusammenarbeit, sowie Gewährleistung der Effizienz der internationalen Energiemärkte. Mittlerweise gehören der IEA 28 Länder bzw. Regionen an, darunter auch die Europäische Union. (Siehe auch Europäische Union, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Internationaler Währungsfonds (IWF)	Die Errichtung des Internationale Währungsfonds, mit Sitz in Washington D.C., (im englischen 'International Monetary Fund') war eines der Errungenschaften der Bretton-Woods-Konferenz 1944 und stellt mit 146 Mitgliedsstaaten eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen dar. Der Hintergrund seiner Gründung war die Kontrolle und Festsetzung der Regeln im Bretton-Woods-System fester Wechselkurse. Seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973, besteht die Hauptaufgabe des IWF in der Förderung der internationalen Währungspolitik, Kreditvergabe für Mitgliedsstaaten um temporäre Probleme in der Zahlungsbilanz zu überbrücken, Ausweitung des Welthandels und Überwachung der Geldpolitik. (Siehe auch Bretton-Woods-Konferenz, Fester Wechselkurs, Geldpolitik, Währungspolitik, Zahlungsbilanz)
Investmentbank	Die Geschäftstätigkeit einer Investmentbank bestehen im Wesentlichen, in der Emission von Wertpapieren für Unternehmen und staatliche Einrichtungen, im Handel mit Wertpapieren, Devisen und Finanzprodukten jeglicher Art, in der Unterstützung und Beratung bei Börsengängen sowie Übernahmen und Fusionen, und in der Vermögensverwaltung ihrer Kunden. Dies unterscheidet sich klar von den Aufgaben von Kreditinstituten, bei denen das Kredit- und Einlagengeschäft im Vordergrund steht. Investmentbanken entstanden durch die seit Anfang der dreißiger Jahre bis Ende des 20. Jahrhunderts in den USA gesetzlich verordnete Trennung von Kreditinstituten und Investmentbanken. Dieses Trennbankensystem herrscht im kontinentaleuropäischen Universalbankensystem praktisch nicht vor, da hier Großbanken in praktisch allen Bankgeschäften tätig sind. (Siehe auch Devisen, Emission)
iTraxx	iTraxx ist der Name einer Familie von Credit-Default-Swap-Indizes, welche die Regionen Europa und Asien abdecken. Die Indizes sollen die Entwicklung der entsprechenden Kreditderivatemärkte repräsentativ dokumentieren. Je nach Sub-Index werden unterschiedliche Segmente des CDS Marktes abgedeckt. Der iTraxx Main bezieht sich auf europäische finanz und nicht-finanz Unternehmen mit Investment Grade Ratings. Der iTraxx Crossover bezieht sich auf Unternehmen im Sub-Investment Grade und Crossover Bereich. Bei Referenz auf die iTraxx Indices ohne Laufzeitangabe wird üblicherweise auf 5J-Laufzeiten abgezielt.
J	
JPM CEMBI	JP Morgan-Unternehmensanleihenindex für Schwellenländer
K	
Kapitalerhöhung, ordentliche	Zu einem von der Aktiengesellschaft festgesetzten Emissionspreis werden neue Aktien ausgegeben, wobei die Aktionäre das Recht haben, gegen Entrichtung des Emissionspreises neue Aktien entsprechend ihrer bisherigen Beteiligung an der Aktiengesellschaft zu erwerben (Bezugsrecht). (Siehe auch Aktie, Emission)
Kapitalmarkt	Der Kapitalmarkt ist der Markt für langfristige Zahlungsansprüche. Von besonderer Bedeutung ist der organisierte Kapitalmarkt, der vor allem den Börsenhandel, aber auch die Vermittlung von Angebot und Nachfrage durch Kreditinstitute einschließt. Zum Kapitalmarkt zählen der Aktienmarkt, der Rentenmarkt und der Terminmarkt. Die Einführung des Euro hat durch die Integration der Märkte der Teilnehmerländer der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion den größten Kapitalmarkt nach den USA geschaffen. (Siehe auch Aktienmarkt, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Finanzmarkt, Rentenmarkt)
Kapitalverkehrskontrolle	Kapitalverkehrskontrollen dienen der Einschränkung des internationalen Kapitalverkehrs und werden oft als Schutzmaßnahme vor starken Währungsschwankungen eingesetzt. Bekannte Beispiele für solche Kontrollen sind Steuern auf Kapitalimporte oder Kapitalexporte, sowie die Festlegung von Mengenrestriktionen oder Genehmigungspflichten im Handel mit der heimischen Währung. (Siehe auch Devisen)
Kassageschäft	Ein Kassageschäft (im englischen auch 'Spot') ist im Sinne eines Termingeschäftes ein standardisierter Vertrag, der die vereinbarte Erfüllung des Geschäftes von beiden Vertragsparteien innerhalb eines vorab definierten Zeitraums vorsieht. Bei einem Kassageschäft definiert sich der Zeitraum durch zwei Handelstage nach Geschäftsabschluss. (Siehe auch Termingeschäft)
Kaufkraftparitäten (KKP)	Die Kaufkraftparität (im englischen 'purchasing power parity', PPP) gibt an, wie viele Währungseinheiten in unterschiedlichen Ländern erforderlich sind, um einen vordefinierten Warenkorb an Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Es herrscht Kaufkraftparität, wenn nach Umrechnung der Währungen zum Wechselkurs der vordefinierte Warenkorb in beiden Ländern das gleiche kostet. Ist dies der Fall stimmen nominaler und realer Wechselkurs überein. (Siehe auch Wechselkurs)
Komparativer Vorteil	Der komparative Vorteil beschreibt die Situation, in der eine Person, ein Unternehmen, oder ein Land mit einer Kostenstruktur bei der Produktion eines Gutes konfrontiert ist, die es erlaubt relativ zum anderen Vertragspartner mit geringeren Opportunitätskosten zu produzieren. Im Außenhandel basiert dieser Kostenvorteil darauf, dass ein Land zur Produktion eines bestimmten Gutes auf weniger Einheiten eines anderen Gutes verzichten muss als das andere Land (niedrigere Opportunitätskosten). Demnach basiert der Kostenvorteil vielmehr auf den relativen als auf den absoluten Produktionskosten und ein Land – auch wenn es bei der Produktion aller Guter einen absoluten Vorteil hat – sollte sich auf die Produktion solcher Güter spezialisieren, bei der es einen komparativen Vorteil hat und solche Güter, die es weniger effizient produziert, importieren. (Siehe auch Opportunitätskosten)
Konjunkturpolitik	Als Konjunkturpolitik bezeichnet man alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, die darauf abzielen, konjunkturelle Schwankungen zu glätten. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen basieren im Wesentlichen auf den Erkenntnissen von John Maynard Keynes (†1946) und sind in Deutschland z.B. im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) von 1967 verankert. Auch im Zuge der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise wurden weltweit umfangreiche Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur aufgelegt. (Siehe auch Konjunkturzyklus)
Konjunkturzyklus	Der Konjunkturzyklus beschreibt die regelmäßig wiederkehrenden Schwankungen – Expansion und Kontraktion – der wirtschaftlichen Aktivität in einer Volkswirtschaft über einen gewissen Zeitraum. Indikatoren zur Messung der wirtschaftlichen Aktivität sind zahlreich, wobei neben der Produktion, den geleisteten Arbeitsstunden, oder der Beschäftigung, meist das Bruttoinlandsprodukt verwendet wird. (Siehe Boom, Bruttoinlandsprodukt, Depression, Expansion, Kontraktion)
Konvergenz-Kriterien	Konvergenzkriterien, auch Maastricht-Kriterien genannt, sind die im Maastrichter Vertrag festgelegten Kriterien für den Eintritt in die EWU. Die Konvergenz-Kriterien sollen überprüfen, ob in den Ländern, die sich einen Beitritt zur Eurozone wünschen, eine solide Basis für einen stabilen Euro besteht, d.h. ob die Eignung zu einer gemeinsamen Geld- und Währungspolitik vorhanden ist. Zu den relevanten Kriterien gehören dabei: Preisstabilität, Finanzlage der öffentlichen Hand, Wechselkurs und langfristige Zinssätze (Siehe auch Europäische Währungsunion (EWU), Geldpolitik, Maastricht-Kriterien, Maastricht-Vertrag, Währungspolitik)

Kreditausfallswap	Ein Kreditausfallswap (Credit Default Swap, CDS) steht ganz im Zeichen der typischen Definition eines Swaps (Austauschvereinbarung) und verbrieft die Vereinbarung, bei Eintritt eines vorab festgesetzten Kreditausfalls eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer zu leisten. Damit wirkt der CDS wie eine Versicherung gegen das Risiko eines Kreditausfalls und bringt dem Versicherungsgeber im Gegenzug eine Versicherungsprämie, welche sich neben der Bonität des Referenzschuldners auch nach der Laufzeit des Vertrags richtet. (Siehe auch Bonität, Credit Default Swap)
Kreditkanal	Der Kreditkanal beschreibt die Transmission geldpolitischer Maßnahmen auf das Kreditvergabeverhalten der Banken. Der Kreditkanal umfasst den Bankenkanal, der vor allem (kosten-, ertrags- und risikobedingte) Beschränkungen des Kreditangebots in den Blick nimmt, und den Bilanzkanal, der den Wertverlust von (möglichen) Kreditsicherheiten hervorhebt. (Siehe auch Bankenkanal, Bilanzkanal, Transmissionsmechanismus)
Kreditklemme	Eine Kreditklemme bezeichnet eine Situation, in der Banken die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen einschränken, sodass die übliche Versorgung der Wirtschaft eines Landes mit Krediten beeinträchtigt ist und dadurch ein maßgebliches konjunkturelles Risiko entsteht. Sie kann durch eine stark veränderte Bonitätseinschätzung der Kreditnehmer aufgrund eines starken Konjunktureinbruchs entstehen oder auch durch eine stark abnehmende Neigung der Banken zur Kreditvergabe z.B. aufgrund von Deleveraging oder eigener Schwierigkeit an ausreichende Liquidität zu angemessenen Kosten zu kommen zur Finanzierung von Krediten. (Siehe auch Deleveraging, Liquidität, Liquiditätsrisiko)
Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV)	Aktueller Kurswert geteilt durch den auf eine Aktie entfallenden anteiligen Unternehmensgewinn während eines Jahres. (Siehe auch Aktie)
L	
Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft (LRG)	Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte sind wichtige geldpolitische Instrumente der europäischen Offenmarktpolitik und dienen vornehmlich der längerfristigen Liquiditätsversorgung des europäischen Bankensystems mit Zentralbankgeld. Damit bieten die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, neben den Hauptrefinanzierungsgeschäften, Banken, die bestimmte Kriterien erfüllen, die Möglichkeit, im Austausch gegen notenbankfähige Sicherheiten, befristet Zentralbankgeld zu leihen. Im Gegensatz zu den kürzeren Hauptrefinanzierungsgeschäften erfolgt die Ausschreibung jedoch nur im monatlichen Rhythmus und die Laufzeit des zu verteilenden Zentralbankgeldes ist mit einer Laufzeit von 3 Monaten deutlich länger. Im Zuge der Finanzkrisen entschloss sich das Eurosystem dazu, auch längerfristige Refinanzierungsgeschäften mit deutlich längeren Laufzeiten (z.B. 3 Jahre) anzubieten. (Siehe auch Euroraum, Hauptrefinanzierungsgeschäft, Offenmarktgeschäft, Standardtender, Zentralbankgeld)
Leistungsbilanz	Die Leistungsbilanz steht auf der Aktivseite der Zahlungsbilanz und setzt sich zusammen aus der Handelsbilanz (Warenverkehr mit dem Ausland), der Dienstleistungsbilanz (für das Ausland erbrachte Dienstleistungen) und der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Bilanz der laufenden Übertragungen. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet, dass die betreffende Volkswirtschaft mehr produziert als sie an eigenen und fremden Gütern verbraucht. Dadurch baut sie Auslandsvermögen auf. Bei einem Leistungsbilanzdefizit ist es umgekehrt. (Siehe Realwirtschaft, Zahlungsbilanz).
Leitzins	Der Leitzins ist der kurzfristige Zinssatz, der von der Zentralbank im Rahmen ihrer geldpolitischen Maßnahmen, auf dem Geldmarkt gesetzt wird. Eine Anhebung der Leitzinsen signalisiert einen restriktiveren geldpolitischen Kurs, eine Senkung signalisiert einen expansiveren Kurs. Dem Leitzins kommt am Geldmarkt eine Signalwirkung zu. Im Euroraum wird der Leitzins von der Europäischen Zentralbank (EZB) gesetzt. Die Leitzinsen der EZB sind die Zinssätze der Spitzenrefinanzierungsfazilität, der Einlagefazilität und der Hauptrefinanzierungsgeschäfte, wobei in der Regel der Hauptrefinanzierungszinssatz gemeint ist, wenn von "dem" Leitzins gesprochen wird. (Siehe auch Einlagefazilität, Europäischen Zentralbank (EZB), Geldmarkt, Geldpolitik, Hauptrefinanzierungs-geschäfte, Spitzenrefinanzierungsfazilität)
Lender of Last Resort (Kreditgeber der letzten Instanz)	Als Lender of Last Resort (übersetzt: Kreditgeber der letzten Instanz) wird eine Institution bezeichnet, die einem Schuldner, welcher vor unabwendbaren Liquiditätsengpässen steht, Liquidität zur Verfügung stellt, oder zumindest garantiert. Auf nationaler Ebene garantiert meist die nationale Zentralbank für die Liquiditätsbereitstellung, wobei auf supranationaler Ebene häufig der IWF diese Funktion übernimmt. Hintergrund dieser Funktion ist, dass vorübergehende Liquiditätsengpässe eines im Grunde solventen Schuldners nicht zu einer existenzbedrohenden Krise führen und durch mögliche Ansteckungseffekte weitere Unternehmen bzw. Branchen oder gesamte Volkswirtschaften in Mitleidenschaft gezogen werden. (siehe Internationaler Währungsfonds (IWF), Liquidität, Zentralbank)
Liquidität	Der Begriff Liquidität bezeichnet im Grunde die Eigenschaft ein Wertgegenstand schnell und ohne weitere Wertverluste in ein Zahlungsmittel umtauschen zu können. Die Liquidität drückt somit auch die Fähigkeit einer juristischen oder natürlichen Person aus, kurzfristig auftretende Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. (Siehe auch Liquiditätsrisiko)
Liquiditätsfalle	Die Liquiditätsfalle (eng: liquidity trap) bezeichnet eine Situation, in der der Leitzins bei oder nahe bei Null liegt, die Unternehmen und Haushalte somit indifferent zwischen dem Halten von Wertpapieren und dem Halten von Geld werden. Das konventionelle Instrument einer Leitzinssenkung, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen, stößt hier an seine Grenzen, da die Zentralbank keinen negativen Leitzins festlegen kann. Die Zentralbank kann die Liquidität zwar weiterhin erhöhen, jedoch wird das zusätzliche Geld bereitwillig von Investoren zum unveränderten Nullzins gehalten und nicht mehr für Investitionen angeboten. (Siehe auch Liquidität, Zentralbank)
Liquiditätsrisiko	Beschreibt das Risiko, anstehende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommen zu können, bzw. Zahlungsmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können, weil Kapital in längerfristigen Anlagen gebunden ist. Durch Illiquidität kann ein ansonsten wirtschaftlich gesundes und ertragreiches Unternehmen in die Insolvenz rutschen, wenn es keine kurzfristige Liquiditätsspritze erhält. (Siehe auch Liquidität)

Lissabon-Vertrag	Hintergrund des Lissabon-Vertrages, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, war, dass durch eine umfassende institutionelle Reform den wachsenden Aufgaben der Europäischen Union (EU) Rechnung getragen, und die Handlungsfähigkeit der EU weiterhin aufrechterhalten werden sollte. Diese institutionelle Reform sollte die EU demokratischer, transparenter und effizienter machen. Neben dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag), der auch die Rolle der Europäischen Zentralbank als Organ der EU definiert, enthält der Lissabon-Vertrag auch den EU-Vertrag (oder auch Maastricht-Vertrag), der als Basis für die politische EU mit einer gemeinsamen Wirtschaft- und Währungsunion sowie einer gemeinsamen Außenpolitik dient. (Siehe auch Europäische Union, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Zentralbank, Maastricht-Vertrag)
LLS	Light Louisiana Sweet, eine Rohölart
LME	Londoner Metallbörse (London Metal Exchange)
LME Backwardation	Eine Situation, bei der die aktuellen Kassapreise höher sind als die Preise für Terminkontrakte.
LNG	Flüssiggas (*Liquified Natural Gas*)
Lohn-Preis-Spirale	Eine Lohn-Preis-Spirale ist ein Prozess wechselseitiger Rückkopplungseffekte zwischen dem Anstieg der Löhne (höhere Lohnforderungen werden durch Preissteigerungen begründet) und dem Anstieg der Preise (Preiserhöhungen werden gerechtfertigt durch höhere Lohnkosten). Die fortgesetzten Lohn- und Preissteigerungen lösen eine Spirale nach oben aus und sind eine mögliche Ursache von Inflation. (Siehe auch Inflation, Preis-Lohn-Spirale)
Lohnstückkosten	Lohnstückkosten beschreiben die auf eine bestimmte Leistungseinheit (bspw. Produkte oder Dienstleistungen) entfallenen Lohnkosten. Zur Berechnung der betriebswirtschaftlichen Lohnkosten, werden die in einem Betrieb angefallenen Lohnkosten durch die Menge der produzierten Einheiten dividiert. Damit dienen die Lohnstückkosten oftmals als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Im gleichen Sinne lassen aus volkswirtschaftlicher Sicht die Lohnstückkosten Rückschlüsse über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu. Zur Berechnung der volkswirtschaftlichen Lohnstückkosten wird die Summe der Arbeitskosten einer Volkswirtschaft durch ihr Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen dividiert. Lohnstückkosten hängen somit neben der Höhe der Löhne von der Arbeiterproduktivität ab. Steigende/Sinkende Produktivität führt zu sinkenden/steigenden Lohnstückkosten. Neben der Produktivitätssteigerung gibt es noch weitere Möglichkeiten, um die Lohnstückkosten zu senken: Durch die Substitution der Arbeitskraft durch Fertigungsmaschinen (kapitalintensivere Produktion). Dieses Vorgehen führt aber nicht zwangsläufig zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit. (Siehe Bruttoinlandsprodukt)
London Interbank Offered Rate (Libor)	Der London Interbank Offered Rate (Libor) ist ein täglich berechneter Durchschnittszinssatz für kurzfristige Interbankenkredite. Zur Berechnung befragt die British Bankers' Association ausgewählte Banken mit bester Bonität, zu welchem Zinssatz sie am Interbankenmarkt von anderen Banken Gelder aufnehmen können. Neben 15 unterschiedlichen Laufzeiten, darunter auch die häufigsten Termingeschäftslaufzeiten (ein, zwei, drei, sechs und zwölf Monate), werden 10 verschiedene Währungen berücksichtigt. Der Libor dient weltweit als Referenzzinssatz für viele Finanzinstrumente des Geldmarktes. (Siehe auch Euro Interbank Offered Rate (Euribor), Euro Overnight Index Average (EONIA), Geldmarkt, Interbankenmarkt, Termingeschäft)
London Metal Exchange (LME)	Die London Metal Exchange (im deutschen 'Londoner Metallbörse'), ist das weltweite Zentrum für den Handel mit Industrie- und Edelmetallen. Hierzu zählen z.B. Aluminium, Kupfer, Nickel, Blei, Zinn und Zink. Ziel ist es Preisabsicherungsmöglichkeiten durch liquide Terminkontrakte zu schaffen. Darüber hinaus stellt die LME ein System für die physische Lagerung von Metallen zur Verfügung. (Siehe auch Derivate, Futures, Optionen)
Long-Positionen	Die Long-Position bezeichnet die Position, die ein Käufer in einem Handelsgeschäft einnimmt. (Siehe auch Termingeschäft)
LSFO	Sulfurarmes Heizöl (*Low Sulphur Fuel Oil*), eine Heizölart
M	
M0	Die Geldmenge M0 (auch als Geldbasis oder Zentralbankgeld bezeichnet) ist definiert als die Summe aus Bargeld (Banknoten und Münzen), welches außerhalb des Bankensektors zirkuliert und den Einlagen der Banken bei der Zentralbank (in Form von Zentralbankreserven). (Siehe auch Zentralbankgeld)
M1	Neben der Geldmenge definiert durch M0 zählen hierzu noch täglich fällige Sichteinlagen (Guthaben auf Girokonten) von Nichtbanken. Somit bezeichnet die Geldmenge M1 das Geld, über das jederzeit verfügt werden kann. (Siehe M0, Nichtbanken)
M2	Zusätzlich zur Geldmenge M1 umfasst die Geldmenge M2 auch Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist bis zu drei Monaten und Termineinlagen (Festzinsanlagen) mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren. Da Termin- und Spareinlagen nicht jederzeit für Zahlungen eingesetzt werden können, beinhaltet die Geldmenge M2 somit auch weniger liquide Finanzmittel. (Siehe Liquidität, M1)
M3	Die Geldmenge M3 beinhaltet neben der Geldmenge M2 noch Anteile an Geldmarktfonds und Schuldverschreibungen mit Laufzeiten von zwei Jahren. Für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank spielt die Geldmenge M3 die wichtigste Rolle. (Siehe Europäische Zentralbank, Geldpolitik, M2)

Maastricht-Kriterien	Auch als Konvergenz-Kriterien bezeichnet, definieren diese seit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahre 1992 die Bedingungen, die ein Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) zu erfüllen hat, wenn dieser der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) beitreten und den Euro als offizielle Währung verwenden will. Insbesondere gelten vier Bedingungen, welche allesamt die Konvergenz unter den Mitgliedsländern erhöhen sollen: i) Mitgliedsstaaten müssen eine anhaltende *Preisstabilität* nachweisen, die sich an der durchschnittlichen Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten orientiert, ii) die *Finanzlage der öffentlichen Hand* darf nicht durch übermäßige Verschuldung (das öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3% und der öffentliche Gesamtschuldenstand nicht mehr als 60% des BIPs ausmachen) gekennzeichnet sein, iii) *Wechselkurse* dürfen nur innerhalb einer normalen Bandbreite vom Eurokurs abweichen, d.h. die Mitgliedstaaten müssen mindestens zwei Jahre erfolgreich am Wechselkursmechanismus II teilgenommen haben, und iv) der durchschnittliche *langfristige Nominalzins* darf im Jahr vor der Beitrittsprüfung nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder der Europäischen Währungsunion liegen. (Siehe auch Defizit-Kriterien, Europäische Union (EU), Europäische Währungsunion, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), Fiskalkriterien, Inflation, Konvergenz-Kriterien, Maastricht-Vertrag, Preis-stabilität, Schuldenstandkriterium, Wechselkurskriterien, Wechselkursmechanismus, Zinskriterium)
Maastrichter Vertrag	Der Maastricht-Vertrag ist der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union (offizielle Bezeichnung: Vertrag über die Gründung der Europäischen Union). Er wurde im Dezember 1991 im niederländischen Maastricht verabschiedet und trat am 1.11.1993 in Kraft. Der Maastrichter Vertrag wurde 1997 durch den Amsterdamer Vertrag ergänzt. (Siehe auch Amsterdamer-Vertrag, Europäischen Union)
Makroprudenzielle Überwachung	Makroprudenzielle Überwachung umfasst die Analyse von Stabilitätsrisiken für das gesamte Finanzsystem – die sich zum Beispiel aus makroökonomischen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten ergeben – sowie deren Überwachung und Regulierung, damit Fehlentwicklungen erfasst und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können. (Siehe auch Systemisches Risiko)
Managed Floating	Als Managed Floating (oder auch: Dirty Floating*)* bezeichnet man ein Wechselkurssystem, welches sich zwar offiziell durch einen freien Wechselkurs definiert, jedoch durch seltene und unangekündigte Interventionen zur Erreichung eines Zielkurses beeinflusst wird (Beispiele dafür sind zahlreiche Südostasiatische Länder). (Siehe auch Wechselkurs, Wechselkurssystem)
Marktkapitalisierung	Börsenwert eines Unternehmens. Gibt den Gesamtwert an, den eine AG an der Börse hat, errechnet durch Multiplikation des Kurswerts mit der Zahl der ausgegebenen Aktien. (Siehe auch Aktie)
MB Iron Ore Index (IOI)	MB-Referenzpreise für den Eisenerz-Kassamarkt. Es handelt sich um tonnagegewichtete Berechnungen tatsächlicher Transaktionen, normalisiert auf eine Basisspezifikation und einen Lieferpunkt, wobei der am Markt verwendete Nutzungswert für Materialien zugrunde gelegt wird.
MBR	Metal Bulletin Research
Mengentender	Der Mengentender ist ein Ausschreibungsverfahren der Europäischen Zentralbank (EZB), das zur europäischen Offenmarktpolitik zählt und Zentralbankgeld über Pensionsgeschäfte, zu einem vor der Ausschreibung festgelegten Zinssatz, an ihre Geschäftspartner (zugelassene Banken) versteigert. Die Geschäftspartner können Gebote darüber abgeben, wie viele Wertpapiere sie im Austausch für Zentralbankgeld abgeben möchten. Die Zuteilung der Liquidität erfolgt schließlich über die Einschätzung der Zentralbank bezüglich der angemessenen Geldmenge und den Anteil der einzelnen Gebote an der Gesamtsumme der gebotenen Wertpapiere. Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die EZB zur Vollzuteilung übergegangen, d.h. die Banken erhalten nun genau die gewünschte Menge an Zentralbankgeld. (Siehe auch Geldmenge, Geldpolitik, Liquidität, Offenmarktgeschäfte, Pensionsgeschäfte, Zentralbank, Zentralbankgeld)
Millionen Fass pro Tag (mb/d)	Maßeinheit, die die tägliche Fördermenge in Millionen Barrel angibt ("Millions of Barrels per Day "). (Siehe auch Barrel)
Mindestreservesatz	Pflichteinlagen, die Kreditinstitute auf Girokonten bei den nationalen Zentralbanken unterhalten müssen, werden als "Mindestreserven" bezeichnet. Die Höhe dieser Mindestreserven richtet sich dabei nach der sogenannten Reservebasis. Diese Reservebasis errechnet sich durch die Summe der reservepflichtigen Verbindlichkeiten (täglich fällige Einlagen und Einlagen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von bis zu zwei Jahren) eines jeden Kreditinstituts. Der Mindestreservesatz definiert dann den prozentualen Anteil der Reservebasis, der als Mindestreserve bei der nationalen Zentralbank hinterlegt werden muss. Mit dem Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde der Mindestreservesatz auf 2% festgelegt, wobei dieser am 18.01.2012, im Zuge der geldpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der europäischen Rezession, auf 1% abgesenkt wurde. Der theoretische Hintergrund dieser Senkung des Mindestreservesatz ist, dass durch die Veränderung des Mindestreservesatz die Geld- und Kreditschöpfung beeinflusst werden kann: Reduktion/Ausweitung der Pflichteinlagen führt zu einer höheren/geringeren Kreditvergabe und somit zu einem höheren/geringeren Geldwachstum. (Siehe Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Geldschöpfung, Nationale Zentralbank)
Moral Hazard (Moralisches Risiko)	Moral Hazard (deutsch: Moralisches Risiko) beschreibt das Risiko, welches entsteht, wenn ein Vertragspartner nach Vertragsabschluss einer Absicherungsvereinbarung eine Verhaltensänderung an den Tag legt, die dazu führt, dass die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Schadens erhöht wird. Ein Beispiel dafür wäre unvorsichtigerer Umgang mit seinem Eigentum nach Abschluss einer Diebstahlversicherung.
Mortgage Backed Security (MBS)	Als Mortgage Backed Security (im deutschen auch Hypothekenbesichertes Wertpapier) bezeichnet man solche forderungsbesicherten Wertpapiere, die durch Verbriefung von Hypothekendarlehen entstehen. Unterschieden wird zwischen MBS, die durch Gewerbe- und Mehrfamilienimmobilien besichert sind (Commercial Mortgage Backed Securities, CMBS) und solche die durch private Wohnimmobilien besichert sind (Residential Mortgage Backed Securities, RMBS). (Siehe auch Forderungsbesichertes Wertpapier, Systemisches Risiko)
Moving-Average-Convergence-Divergence (MACD)	Der MACD-Indikator wurde 1979 von Gerald Appel vorgestellt und gehört zu den beliebtesten Instrumenten der Technischen Analyse. Die Basis für seine Berechnung bilden zwei Durchschnittswerte, die voneinander subtrahiert werden. Das Ergebnis wird als Linie dargestellt und zusätzlich mit einer weiteren Signallinie versehen, so dass ein Zwei-Linien-Modell entsteht. Sobald der MACD seine Signallinie von unten nach oben kreuzt, ist ein Kaufsignal gegeben. Analog gilt ein Verkaufssignal, wenn der MACD die Signallinie von oben nach unten kreuzt.
MWh	Megawattstunde, Einheit für elektrische Energie

N	
Nationale Zentralbank (NZB)	Nationale Zentralbank (NZB) ist die Bezeichnung für die Zentralbank eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, der an der Europäischen Währungsunion teilnimmt. Die NZB bilden zusammen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) das europäische System der Zentralbanken (ESZB). (Siehe auch Europäische Union, Europäische Währungsunion, Europäische Zentralbank, Europäisches System der Zentralbanken)
NBP	National Balancing Point, zentraler Knoten für Gas am britischen Markt
NBS	Nationales Statistikbüro in China (National Bureau of Statistics)
NCG	Net Connect Gas, zentraler Knoten für Gas am deutschen Markt
New York Mercantile Exchange (NYMEX)	Die New York Mercantile Exchange (NYMEX) ist der weltgrößte Handelsplatz für Warentermingeschäfte mit Sitz in New York. Die gehandelten Waren reichen dabei von Metallen über Energieprodukte bis hin zu Agrarrohstoffen. Im Jahr 1994 schloss sich die NYMEX mit der New York Commodities Exchange (COMEX) zusammen, wobei die Gesellschaft 2008 von der CME Group übernommen wurde.
NHT-Platten	Gewalzte Metallbleche aus kaltverformbarer Aluminiumlegierung
Nichtbanken	Als Nichtbanken bezeichnet man alle ökonomischen Akteure außerhalb des Bankensystems; Private sowie öffentliche Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck und Wirtschaftsunternehmen oder Finanzdienstleister, ohne Banklizenz. (Siehe auch Private Organisation ohne Erwerbszweck)
No-Bail-Out-Klausel	Die "No-Bail-Out"-Klausel (im deutschen auch Nichtbeistands-Klausel) in Art. 125 AEUV bezeichnet eine wichtige Regelung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die sicherstellen soll, dass Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Mitgliedsstaaten haften müssen. Da diese Klausel gewährleistet, dass die Mitgliedsstaaten für ihre öffentlichen Schulden selbst verantwortlich sind, soll somit ein Anreiz für die Staaten geschaffen werden eine verantwortungsvolle Finanzpolitik zu betreiben. Zudem ist in Art. 123 AEUV festgehalten, dass die monetäre Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank und durch die nationalen Zentralbanken verboten ist. (Siehe auch Bail-In, Bail-Out, Europäische Union, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Zentralbank, Nationale Zentralbank)
Nominalzins	Vertraglich vereinbarter Zinssatz verzinslicher Wertpapiere, ausgedrückt in Prozent auf den Nennwert. (Siehe auch Realzins)
Non-performing loans (NPL)	NPL wird als Abkürzung für "notleidende Kredite" verwendet. Ein Kredit wird als notleidend bezeichnet, wenn bei den Zinszahlungen und Rückzahlungen ein Zahlungsverzug eintritt und/oder eine vollständige Tilgung unsicher/unwahrscheinlich ist.
Notenbankfähige Sicherheiten	Artikel 18.1 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) verlangt, dass für alle Kreditgeschäfte zwischen Banken und Zentralbanken ausreichende – notenbankfähige – Sicherheiten gestellt werden. Gestellt werden solche Sicherheiten, indem diese entweder als Pfand hinterlegt werden (besicherte Kredite) oder indem das Eigentum an dieser Sicherheit an die Zentralbank übertragen wird (Pensionsgeschäfte). Als notenbankfähig bezeichnet man solche Sicherheiten, die einheitliche Bonitätsanforderungen erfüllen und im einheitlichen Sicherheitsverzeichnis zusammengefasst sind. Dazu gehören zum Beispiel marktfähige Sicherheiten (z. B. Schuldverschreibungen), aber auch nicht marktfähige Sicherheiten (z. B. Kreditforderungen). Zweck einer solchen Sicherheit ist, dass bei Zahlungsunfähigkeit einer Bank die Zentralbank die Sicherheit am Markt verkaufen und somit den Verlust ausgleichen kann. (Siehe auch Bonität, Europäisches Systems der Zentralbanken, Pensionsgeschäfte)
Notleidender Kredit	Unter einem notleidenden Kredit versteht man, laut der Regelung in Basel II, ein Darlehen, dessen Zahlung mindestens 90 Tage in Verzug ist, wodurch eine vollständige Rückzahlung als unwahrscheinlich erscheint und daher ein Einzelwertberichtigungsbedarf für den Gläubiger entsteht. (Siehe auch Basel II)
Nullkuponanleihe	Nullkuponanleihen sind als Anleihen definiert welche keine Zinszahlungen unter der Laufzeit leisten. Stattdessen wird der gesamte Betrag entweder als Abschlag auf den Kaufpreis zu Beginn der Laufzeit, oder als Aufschlag auf die Rückzahlung zum Ende der Laufzeit bezahlt.
NYMEX	New Yorker Warenterminbörse (New York Mercantile Exchange)
O	
OIS	Abkürzung für Overnight Index Swap: Zins-Tauschgeschäft, bei dem ein variabler Zahlungsstrom gegen einen fixen getauscht wird. Der variable Zahlungsstrom orientiert sich hier an dem overnight Zinsindex (Euro Overnight Index Average für die Eurozone).
Offenmarktgeschäft	Um ihre geldpolitischen Ziele zu erreichen, setzen Zentralbanken liquiditätszu- und abführende Offenmarktgeschäfte ein. Damit sind sie in der Lage den Zins und die Liquidität auf den Finanzmärkten zu steuern. Der Begriff Offenmarktgeschäfte beschreibt dabei schon sehr bildlich, um was es sich bei dieser Art von Geschäft handelt: Zentralbanken kaufen oder verkaufen Wertpapiere von bzw. an Geschäftsbanken. Ein Kauf von Wertpapieren von Geschäftsbanken stellt dabei ein liquiditätszuführendes Instrument der Geldpolitik dar, weil dadurch die beteiligte Geschäftsbank an Zentralbankgeld gelangt, welches sie bspw. zur Kreditvergabe nutzen kann und somit das Geld weiter in Umlauf bringt. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei einem Verkauf von Wertpapieren an Geschäftsbanken um liquiditätsabführende Zentralbankinterventionen, da die beteiligten Geschäftsbanken für die Wertpapiere zahlen müssen und somit dem Bankensystem Zentralbankgeld entzogen wird. (Siehe Geldpolitik, Liquidität, Zentralbank, Zentralbankgeld, Zentralbankintervention)
ONS	Office for National Statistics. Großbritanniens größter unabhängiger Ersteller amtlicher Statistiken und ein anerkanntes nationales Statistikinstitut. Verantwortlich für die Sammlung und Veröffentlichung von Statistiken über Wirtschaft, Bevölkerung und Gesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.
Opportunitätskosten	Als ökonomisches Konzept beschreiben die Opportunitätskosten (selten auch Alternativkosten genannt) keine Kosten im Sinne der Kosten- und Leistungsrechnung, sondern vielmehr die Kosten entgangener Alternativen. Wenn man z.B. vor der Wahl steht, ob man Arbeiten geht oder lieber seine Freizeit genießt, wären die Opportunitätskosten, bei einer Entscheidung für die Freizeit, der entgangene Arbeitslohn, den man in dieser Zeit verdient hätte.
Optionsgeschäft	Ein Optionsgeschäft fällt in die Kategorie der bedingten Termingeschäfte, da der Käufer einer Option das Recht, jedoch nicht die Pflicht hat, eine bestimmte Anzahl des zugrundeliegenden Basiswertes (z.B. Aktien, Anleihen, Devisen oder Rohstoffe), während der Laufzeit der Option, zu einem vorab festgelegten Preis (Basispreis) entweder vom Gegenpartner (Stillhalter) zu kaufen oder an ihn zu verkaufen. Bei Vertragsabschluss zahlt der Optionskäufer dem Stillhalter für dieses Wahlrecht eine Prämie. Kaufoptionen (calls) können dazu genutzt werden, um auf steigende Kurse zu spekulieren, wohingegen Verkaufsoptionen (puts) genutzt werden können, um sich gegen unerwünscht fallende Kurse abzusichern. (Siehe auch Aktie, Anleihen, Basisinstrument, Derivat, Termingeschäft)

Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)	Die Organisation erdölexportierender Länder ("Organization of the Petroleum Exporting Countries", OPEC) ist ein 1960 gegründetes Kartell, das versucht durch die Festlegung von Förderquoten und die Koordinierung der Ölförderpolitik seiner Mitgliedsländer den Weltmarktpreis zu beeinflussen. Die zwölf Mitgliedsländer der OPEC (Algerien, Angola, Ecuador, Iran, Irak, Kuwait, Libyen, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela) tragen etwa 40 Prozent zur weltweiten Erdölproduktion bei und verfügen schätzungsweise über drei Viertel der weltweiten Erdölreserven.
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im englischen 'Organisation for Economic Co-operation and Development', OECD) ist eine internationale Institution, zusammengeschlossen aus 34 wichtigen Industrieländern, mit Sitz in Paris. Die Ziele dieser Institution sind, unter anderem, durch einen steigenden Lebensstandard und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik in den Teilnehmerstaaten zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen und die Ausweitung des Welthandels zu fördern. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde in Folge der Römischen Verträge 1961 gegründet und basiert auf der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die 1948 zusammen mit 18 europäischen Ländern gegründet wurde und deren Hauptaufgabe die Verwaltung der Gelder aus dem Marshall-Plan war.
Outright Monetary Transactions (OMT)	Als Geldpolitische Outright-Geschäfte (englisch: Outright Monetary Transactions, OMT) wird ein Programm des Eurosystems zum Ankauf von Staatsanleihen an den Sekundärmärkten im Euroraum bezeichnet. Die Modalitäten zum OMT-Programm, welches in die Kategorie der Offenmarktgeschäfte einzuordnen ist, wurden am 6. September 2012 vom EZB-Rat beschlossen. Voraussetzung für den Ankauf von Staatsanleihen im Rahmen des OMT-Programms ist, dass der betreffende Staat sich Auflagen im Rahmen eines ESM-Programms unterwirft. Hintergrund dieser Ankäufe ist, dass die Europäische Zentralbank das Funktionieren des monetären Transmissionsmechanismus und die Einheitlichkeit der Geldpolitik garantieren möchte. Dieses Ziel äußerte sich während der Eurokrise darin, dass die Zinsen für italienische und spanische Staatsanleihen durch Ankäufe gesenkt werden sollten. (Siehe auch Anleihen, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Europäische Zentralbank, Euroraum, EZB-Rat, Offenmarktgeschäfte, Sekundärmarkt, Transmissionsmechanismus)
P	
PboC	Chinesische Volksbank (People's Bank of China)
Pensionsgeschäft	Bei einem Pensionsgeschäft (im englischen auch 'Repurchase Agreement', oder kurz 'Repo') handelt es sich um einen Vertrag, der den Verkauf eines Wertpapiers mit gleichzeitiger Rückkaufverpflichtung zu einem späteren Zeitpunkt definiert. Da der Eigentümer des Wertpapiers somit vom Pensionsnehmer für eine begrenzte Zeit – während sich das Wertpapier im Austausch befindet – Geld erhält, handelt es sich bei dieser Art von Geschäft im Grunde um einen durch das Wertpapier besicherten Kredit. Der Kreditzins ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen An- und Verkaufskurs des Wertpapiers. Üblicherweise tritt die Zentralbank im Handel mit Geschäftsbanken entweder als Pensionsnehmer/Pensionsgeber auf, wenn sie im Rahmen ihrer Offenmarktgeschäfte dem Bankensystem befristet Zentralbankgeld zuführen/entziehen möchte. (Siehe auch Hauptrefinanzierungsgeschäft, Offenmarktgeschäft, Zentralbank)
Peripherie	Staatsanleihen von Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien
PGB	Abkürzung für "Portuguese government bonds" bzw. portugiesische Staatsanleihen
Physische Nachfrage	Um Gold als Beispiel heranzunehmen, beschreibt die physische Nachfrage die Nachfrage, die sich auf den tatsächlichen Kauf von physischem Gold (zum Beispiel Goldbarren und Anlagemünzen) konzentriert. Demnach zählt man die Nachfrage nach Wertpapieren, die lediglich in Gold investieren oder auf den Goldpreis spekulieren ohne der Absicht tatsächlich physisches Gold zu kaufen, nicht zur physischen Nachfrage.
Preisindex	Der Preisindex ist ein gewichtetes Maß von einzelnen Preisen einer bestimmten Güterkategorie, bezogen auf ein Basisjahr. Sinnvoll kann ein Preisindex nur bezüglich seiner Veränderungsraten, nicht jedoch hinsichtlich seines Niveaus interpretiert werden. Ein Preisindex bildet die Grundlage für die Messung von Inflation bzw. Deflation und damit auch für die Feststellung, ob das Ziel Preisniveaustabilität erreicht ist. Die Europäische Zentralbank bezieht sich auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um zu beurteilen, ob Preisstabilität gewährleistet ist. (Siehe auch Deflation, Europäische Zentralbank, Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Inflation, Preisstabilität)
Preis-Lohn-Spirale	Die Preis-Lohn-Spirale ist im Gegensatz zur Lohn-Preis-Spirale ein sich aufschaukelnder Prozess von wechselseitigen Preissteigerungen (durch z.B. gestiegene Importpreise für Rohöl) und Lohnsteigerungen (durch tariflich geforderte Entschädigung für gestiegene Preise). Die gestiegenen Lohnforderungen führen wiederum zu höheren Produktionskosten, die die Preise weiter nach oben drücken. Die fortgesetzten Preis- und Lohnsteigerungen lösen eine Kettenreaktion aus und sind eine mögliche Ursache von Inflation. (Siehe auch Inflation, Lohn-Preis-Spirale)
Preisstabilität	Preisstabilität, auch Preisniveaustabilität oder Geldwertstabilität genannt, ist der Zustand in dem weder eine Deflation noch eine Inflation vorliegt. Im strengsten Sinne herrscht Preisniveaustabilität, wenn die Steigerungsrate des allgemeinen Preisniveaus (Inflations- oder Preissteigerungsrate) im Zeitverlauf Null beträgt. Diese strenge Definition ist aber praktisch nicht anwendbar, da die EZB ausreichend geldpolitischen Spielraum für Zinssenkungen braucht. Deshalb definiert die Europäische Zentralbank Preisstabilität als Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das Euro-Währungsgebiet von unter aber nahe 2% gegenüber dem Vorjahr. (Siehe auch Deflation, Europäische Zentralbank, Euroraum, Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Inflation)
Primärmarkt	Als Primärmarkt (auch Emissionsmarkt) wird der Teil des Finanzmarkts bezeichnet, an dem die Erstausgabe (Emission) von Finanzkapital (Aktien, Anleihen) vollzogen wird. (Siehe auch Aktie, Anleihen, Emission, Sekundärmarkt)
Private Equity	Als Private Equity (aus dem englischen für 'Außerbörsliches Eigenkapital') wird eine Form des Beteiligungskapitals bezeichnet, das private Beteiligungsgesellschaften über nicht geregelte Märkte (Börsen) in typischerweise junge innovative oder auch restrukturierungsbedürftige Unternehmen investieren. Ziel ist es die erworbenen Unternehmen aufzubauen bzw. zu restrukturieren um sie anschließend an die Börse zu bringen oder zu verkaufen. (Siehe auch Außerbörslicher Handel)
Private Organisationen ohne Erwerbszweck (POOE)	Eine Private Organisation ohne Erwerbszweck (POOE) definiert sich dadurch, dass sie keine wirtschaftlichen Gewinnziele anstrebt, nicht überwiegend vom Staat finanziert und kontrolliert wird und für private Haushalte kostenlos oder zu wirtschaftlich vernachlässigbaren Preisen zur Verfügung steht. Diese gemeinnützigen Organisationen dienen meist gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder kulturellen Zielen. Beispiele hierfür sind Sportvereine und sonstige Vereine, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und politische Parteien.

Produktionslücke	Die Produktionslücke ergibt sich aus der Differenz zwischen der realisierten Produktion einer Volkswirtschaft und ihrem Produktionspotenzial. Befindet sich die realisierte Produktion unterhalb des eigentlichen Produktionspotenzials (negative Produktionslücke), dann bedeutet das, dass wirtschaftliche Ressourcen nicht effizient im Rahmen ihrer Möglichkeiten ausgenutzt werden. Dem entgegengesetzt führt eine positive Produktionslücke zu einer Überhitzung der Wirtschaft und führt in der volkswirtschaftlichen Theorie neben sinkender Arbeitslosigkeit zu steigenden Inflationsraten. (Siehe auch Inflation, Produktionspotenzial)
Produktionspotenzial	Das Produktionspotenzial beschreibt die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung, die in einer Volkswirtschaft unter normalen Arbeitsbedingungen und Kapitalauslastung, erbracht werden kann. Die Veränderung des Produktionspotenzials hängt neben der Veränderung der Produktionsfaktoren, vom technischen Fortschritt und dem Strukturwandel ab.
Produzentenpreisindex	Der Produzentenpreisindex misst ebenso wie der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) die Preisentwicklung eines repräsentativen Warenkorbs. Im Gegensatz zum HVPI enthält der Warenkorb jedoch eine große Anzahl an Waren, die nur von Produzenten gekauft werden (Rohstoffe, Zwischenprodukte, Fertigerzeugnisse). (Siehe Harmonisierter Verbraucherpreisindex)
Q	
QE-Programm	Kurzform für "quantitative easing": Zentralbankprogramm zum Ankauf von Anleihen (bspw. Staatsanleihen) um die Geldbasis zu erhöhen.
Quantitative Easing	Siehe Quantitative Lockerung
Quantitative Lockerung	Quantitative Lockerung ist ein geldpolitisches Instrument der Zentralbanken, das darauf abzielt, zusätzliche Liquidität in das Bankensystem und somit auch in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen. Das Ziel einer solchen geldpolitischen Strategie ist es, die Wirtschaft auch während einer Niedrigzins-/Nullzinsphase zusätzlich stimulieren zu können. Erreicht wird dieses Ziel durch einen umfangreichen Aufkauf an Anleihen – insbesondere langlaufende Staatsanleihen – wodurch neues Zentralbankgeld geschaffen wird. Zusätzlich wirkt sich der Aufkauf der Anleihen in der Tendenz auf den Anleihekurs aus, was eine Senkung der entsprechenden Renditen nach sich zieht. (Siehe auch Anleihe, Geldmenge, Geldpolitik, Zentralbank)
R	
Rating	Ein Rating (englisch für 'Bewertung') ist die Einstufung eines Schuldners oder eines Wertpapiers bezüglich dessen Bonität. Häufig werden diese Rating von spezialisierten Ratingagenturen vorgenommen. Die Ratingcodes werden meist als Buchstaben dargestellt, wobei z.B. AAA bzw. Aaa bei den bekanntesten Agenturen den besten Bonitätsgrad darstellen. Schuldner oder Wertpapiere mit einem Rating von BBB- bzw. Baa3 oder besser werden als "Investment Grade" bezeichnet. Solche mit einem schlechteren Rating werden Subinvestment-Grade oder spekulativ eingestuft. Das Ende der Ratingskala wird durch den Buchstaben D bzw. C definiert und beschreibt Schuldner oder Wertpapiere bei denen der Zahlungsausfall schon eingetreten ist. (Siehe auch Bonität)
RBOB	Reformulated Gasoline Blendstock for Oxygenate Blending, Benchmark für Benzin
Reales Bruttoinlandsprodukt	Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) unterscheidet sich vom nominalen BIP durch die Preisbereinigung. Das reale BIP unterliegt somit keiner Verfälschung der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft durch Preisänderungen und kann deshalb z.B. für intertemporale Vergleiche zu Preisen eines bestimmten Basisjahres verwendet werden. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt)
Reallohn	Im Gegensatz zum Nominallohn berücksichtigt der Reallohn die Veränderung des Preisniveaus. D.h. der Reallohn entspricht dem Entgelt für geleistete Arbeit, bereinigt um die Inflationsrate. Somit führen Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer nur zu einer Steigerung der Kaufkraft, wenn der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus unter der Lohnsteigerung liegt. Der Reallohn dient daher als ein guter Maßstab, um die Entwicklung der Kaufkraft von Löhnen zu beobachten.
Realwirtschaft	Unter dem Begriff Realwirtschaft bezeichnet man den Teil der Gesamtwirtschaft, der mit Gütern, Dienstleistungen und Ressourcen handelt und nicht dem Finanzsektor zuzuschreiben sind.
Realzins	Zinsertrag unter Berücksichtigung der Inflation. Er ist definiert als Nominalzins abzüglich der Inflationsrate. (Siehe auch Inflation)
Rentenmarkt	Siehe Anleihemarkt
Reservewährung	Reservewährung ist eine Währung, die häufig von Zentralbanken zur Bildung von Währungsreserven herangezogen wird. Seit Beginn der Europäischen Währungsunion ist der Euro nach dem Dollar die zweitwichtigste Reservewährung. (Siehe auch Europäische Währungsunion)
Rezession	Phase im Konjunkturzyklus, in dem die reale gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung schrumpft, ihre Veränderungsrate also negativ wird. Normalerweise spricht man von einer Rezession, wenn die Wachstumsraten für mindestens zwei Quartale hintereinander negativ sind. (Siehe auch Depression, Konjunkturzyklus)
Risikoprämie	Unter einer Risikoprämie versteht man den Zinsaufschlag, den Investoren für eine Anlage in risikobehafteten Wertpapieren fordern im Vergleich zur Investition in eine als sicher geltenden Anlage. Es gibt mehrere Faktoren, die sich auf die Höhe der Risikoprämie auswirken, wie die Bonität des Emittenten, die Liquidität und die Laufzeit der Anlage. Je größer dabei das Risiko erscheint, sein angelegtes Geld gar nicht oder nur mit Abschlägen zurückzubekommen, desto höher fällt die Risikoprämie aus. (Siehe auch Anleihe, Bonität, Rentenmarkt)
Roll-down	Ersatz einer Option durch eine neue Option mit niedrigerem Basispreis (Ausübungspreis).
RON	Research Octane Number, verbreiteter Messwert für die Oktanzahl
S	
Saisonbereinigt	Saisonbereinigungen werden benutzt man, um jahreszeitliche und kalenderbedingte Einflüsse aus Zeitreihendaten herauszufiltern, da diese die eigentliche konjunkturelle Entwicklung verzerrt darstellen können. (Siehe auch Konjunkturzyklus)
Safe-Haven-Assets	Als sicherer Hafen werden Geldanlagen bezeichnet, die als besonders sicher und krisenresistent gelten. Im Allgemeinen zählen dazu Investments in Anleihen von Staaten mit einem sehr guten Rating, aber auch Gold. (Siehe auch Rating)

Schattenwirtschaft	Unter dem Begriff Schattenwirtschaft werden alle Wirtschaftstätigkeiten verstanden, die nicht offiziell erfasst wurden, wie beispielsweise Schwarzarbeit, illegale Geschäfte oder Transaktionen ohne Rechnung.
Schuldenbremse	Die Schuldenbremse wurde in Deutschland im Grundgesetz festgeschrieben. Im Jahr 2011 wurden neue Bedingungen festgelegt, um das Haushaltsdefizit nachhaltig abzubauen. Ab 2016 darf die jährliche strukturelle Nettokreditaufnahme durch den Bund nur noch 0,35% des Bruttoinlandsproduktes entsprechen, ab 2020 ist überhaupt keine Neuaufnahme für Bund und Länder mehr möglich, abgesehen von bestimmten Ausnahmeregelungen für außergewöhnliche Umstände. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt)
Schuldenschnitt	Bei der Durchführung eines Schuldenschnittes handelt es sich um die Kürzung des beschlossenen Rückzahlungsbetrags eines Kredits oder einer Anleihe. Sollte der Kreditnehmer beispielsweise einen Kredit von 1000 Euro zurückzahlen und es wurde ein Schuldenschnitt von 40% festgelegt, dann bekommt der Kreditgeber lediglich 600 Euro zurück. (Siehe auch Anleihe)
Schuldenstandskriterium	Das Schuldenstandskriterium ist eines der Konvergenzkriterien zum Eintritt in die EWU. Es bildet zusammen mit dem Defizitkriterium die Fiskalkriterien. Durch eine Begrenzung des Schuldenstandes sollte erreicht werden, dass die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB nicht durch eine Überschuldung der Staaten gefährdet werden kann. Das Schuldenstandskriterium forderte, das der öffentlichen Schuldenstand im abgelaufenen Kalenderjahr vor der Konvergenzprüfung 60% des BIP nicht übersteigt oder zumindest hinreichend rückläufig ist und sich rasch dem Referenzwert annähert. (siehe auch Defizitkriterium, Fiskalkriterien, Maastrich-Kriterien)
SCRAP/LME Ratio	Das SCRAP/LME Verhältnis beschreibt den Preis für Schrott (vom englischen 'scrap'), der aus der Verschrottung metallhaltiger Erzeugnisse entsteht, im Verhältnis zu dessen Neuwert, der an der London Metal Exchange (im deutschen 'Londoner Metallbörse') gehandelt wird. Eine Zunahme des SCRAP/LME Ratio induziert einen steigenden Wert für Schrott, bzw. einen fallenden Neuwert für das zugrundeliegende Metall. Eine Abnahme des SCRAP/LME Ration dagegen bedeutet einen fallenden Wert für Schrott, bzw. einen steigenden Neuwert für das zugrundeliegende Metall. (Siehe auch London Metal Exchange)
Seigniorage	Unter der Seigniorage versteht man den Gewinn, den die Zentralbank, abzüglich der Herstellung- und Bereitstellungskosten von Zentralbankgeld, mit dem Drucken von Geld einfährt. Aufgrund des Banknotenmonopols und der Tatsache, dass alle privaten Wirtschaftsteilnehmer freiwillig einen gewissen unverzinsten Bargeldbestand halten, entspricht der Wert den die Notenbank auf das Bargeld druckt, minus ihrer Kosten, dem realisierten Gewinn. (Siehe auch Geldmenge, Inflation, Zentralbank)
Sekundärmarkt	Auf dem Sekundärmarkt wird der Handel von bereits emittierten Finanztiteln, wie bspw. Aktien oder Anleihen, durchgeführt. Nachdem diese Titel am Primärmarkt erstausgegeben wurden, können sie auf dem Sekundärmarkt an neue Investoren weiterverkauft werden. Auf dem Sekundärmarkt erfolgt auch die Preisanpassung der Finanztitel, da dort der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Als wichtigster Sekundärmarkt wird die Börse gesehen. (Siehe auch Aktien, Anleihe, Primärmarkt)
Semi-Core	Staatsanleihen von Frankreich und Belgien
Shanghai Future Exchange (SHFE)	Die Shanghai Future Exchange (SHFE) ist eine der größten Handelsplätze für Rohstoffe in China. Seit seiner Gründung in 1998 werden hier Termingeschäfte für eine umfassende Liste an Waren (Stahl, Kupfer, Aluminium, Naturkautschuk, Heizöl, Zink und Gold) gehandelt. (Siehe auch Termingeschäfte)
Short-Covering Rally	Preissteigerungen bedingt durch die Schließung von Short-Positionen bei Terminkontrakten. Derartige Positionen werden üblicherweise von spekulativen Anlegern gehalten.
Short-Position	Die Short-Position bezeichnet die Position, die ein Verkäufer in einem Handelsgeschäft einnimmt. (Siehe auch Termingeschäft
Slow Stochastic (SStoch)	Der Stochastic-Oszillator ist darauf ausgerichtet, die Differenz zwischen dem heutigen Schlusskurs und dem Periodentief mit der Handelsspanne (High/Low) des Betrachtungszeitraumes zu vergleichen. Dadurch kann man die Lage des aktuellen Schlusskurses innerhalb der Schwankungsbreite quantifizieren. Das Resultat der Formel wird auf einer Skala von 0 bis 100 als Zweilinien-Modell dargestellt (die „%K-Linie“ und deren Gleitender Durchschnitt „%D-Linie“). Bei der „Slow Stochastic“ handelt es sich um eine geglättete Variante. Ein Wert von 100% zeigt, dass der aktuelle Schlusskurs dem höchsten Kurs der Periode entspricht. (0% = niedrigster Kurs). Stochastic-Werte oberhalb von 80 % definieren bei der Standardinterpretation einen überkauften Zustand, unterhalb von 20 % einen überverkauften Status der Kurse.
Sorten	Siehe Devisen
Sparquote der privaten Haushalte	Die Sparquote der privaten Haushalte ist definiert als der Anteil des verfügbaren Bruttoeinkommens, der nicht für Konsumzwecke ausgegeben wird, im Verhältnis zum gesamten verfügbaren Bruttoeinkommen.
Spätindikator	Ein Spätindikator (auch nachlaufender Indikator) ist ein Indikator, der sich erst nach dem Eintreten einer Änderung bestimmter wirtschaftlicher Bedingungen selbst ändert. Im Gegensatz zu Spätindikatoren gibt es Präsensindikatoren und Frühindikatoren, die sich zusammen mit den makroökonomischen Bedingungen bzw. bereits vor Eintritt der bestimmter Entwicklungen verändern. Durch Spätindikatoren können sich Trends überprüfen lassen, welche bereits durch Früh- oder Präsensindikatoren entdeckt wurden. (Siehe auch Trend)
Spitzenlast	Die Spitzenlast bezeichnet Phasen besonders hoher Stromnetzbelastung, die vor allem zur Mittagszeit oder am frühen Abend aufkommen und nur kurz andauern. Um diesen kurzzeitigen Nachfrageanstiegen nachkommen zu können, werden Kraftwerke zugeschaltet, die innerhalb kurzer Zeit volle Leistung bringen können und so in der Lage sind, den kurzfristig auftretenden Bedarf zu decken. Solche Spitzenlastkraftwerke (Pumpspeicherkraftwerke und Gasturbinenkraftwerke) weisen neben ihrer schnellen Einsatzbereitschaft allerdings auch hohe Kosten auf. (Siehe auch Spitzenlast)
Spitzenrefinanzierungs-fazilität	Durch das geldpolitische Instrument der Spitzenrefinanzierungsfazilität können Banken kurzfristig (bis zum nächsten Geschäftstag) ihren Liquiditätsbedarf decken. Die Zentralbank stellt gegen notenbankfähige Sicherheiten Liquidität zur Verfügung. Der gewährte Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität bildet gleichzeitig die Obergrenze für den Tagesgeldsatz am Geldmarkt und kann somit als einer der Leitzinsen des Eurosystems betrachtet werden. Da die Möglichkeit zur Liquiditätsaufnahme ständig besteht, gehört die Spitzenrefinanzierungsfazilität zusammen mit der Einlagefazilität zu den sogenannten Ständigen Fazilitäten. (Siehe auch Einlagefazilität, Geldpolitik, Geldmarkt, Leitzins, Liquidität, Notenbankfähige Sicherheiten)
Spot	Siehe Kassageschäft.

Spread	Ein Spread wird als Differenzbetrag zweier Preise oder Renditen (z.B. von Anleihen) verstanden. Beim Bid-Ask-Spread handelt es sich bspw. um die Preisdifferenz zwischen dem niedrigsten Verkaufsangebot und dem höchsten Kaufgebot am Markt. (Siehe auch Anleihe)
SRB	Staatliches Reservebüro in China (State Reserve Bureau)
Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)	Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist die Ergänzung des EG-Vertrages, der dazu dient, die öffentlichen Defizite der EU-Staaten dauerhaft zu begrenzen. Die wichtigsten Ziele des Abkommens sind die Wahrung der Haushaltsdisziplin auch nach Beginn der EWU im Sinne einer dauerhaften Erfüllung der Fiskalkriterien und die Schaffung eines nachhaltigen Wachstums. Der Kern des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist, dass das Defizit im öffentlichen Haushalt nicht über 3% des nominalen BIPs liegen soll. Nur im Fall einer schweren Rezession darf das Budgetdefizit in einem Jahr ausnahmsweise 3% übersteigen. Das Vorliegen einer schweren Rezession wird dann eingeräumt, wenn sich das BIP innerhalb eines Jahres real um 0,75% verringert hat. Wenn das 'übermäßige' Defizit nicht innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraums beseitigt wird, so muss das betreffende Mitgliedsland mit Sanktionen rechnen. (siehe Fiskalkriterien, Maastricht-Kriterien)
Stagflation	Stagflation (Zusammensetzung von den Begriffen Stagnation und Inflation) tritt dann auf, wenn hohe Preissteigerungen gleichzeitig mit stagnierendem Wirtschaftswachstum auftreten. Dies kann der Fall sein, wenn nach einer expansiven Finanzpolitik Preissteigerungen zu verzeichnen sind, jedoch kein höheres Wirtschaftswachstum. (Siehe auch Inflation)
Stammaktie	Aktie, die dem Anteilseigner die vom Aktiengesetz vorgesehenen Aktionärsrechte gewährt, insbesondere das Stimmrecht auf der Hauptversammlung. (Siehe auch Aktie)
Standardtender	Bei einem Standardtender handelt es sich um ein standardisiertes Ausschreibungsverfahren der Zentralbank, das zur regelmäßigen europäischen Offenmarktpolitik zählt und zugelassenen Banken (Geschäftspartner) in der Europäischen Währungsunion die Möglichkeit bietet an den regelmäßigen Hauptrefinanzierungs- und Refinanzierungsgeschäften mit zweiwöchiger bzw. dreimonatiger Laufzeit teilzunehmen. Standardtender werden seit Oktober 2008 in Form von Mengentendern vorgenommen. (Siehe auch Europäischen Währungsunion, Hauptrefinanzierungsgeschäft, Mengentender, Offenmarktgeschäft, Zentralbank)
Standardwerte	Bezeichnung für international renommierte Unternehmen mit hoher Marktkapitalisierung. Als Synonym wird die englische Bezeichnung ‘Blue Chips’ verwendet.
Ständige Fazilitäten	Im Eurosystem bieten die nationalen Zentralbanken als geldpolitisches Instrument den Geschäftsbanken dauerhaft jeweils eine Möglichkeit zur Geldaufnahme und zur Geldanlage an. Diese sogenannten Ständigen Fazilitäten, die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungsfazilität, bilden somit die Ober- bzw. Untergrenzen für den Tagesgeldsatz am Geldmarkt und geben wichtige Signale über den Kurs der Geldpolitik wider. (Siehe auch Einlagefazilität, Europäischen Zentralbank, Geldmarkt, Geldpolitik, Spitzenrefinazierungsfazilität)
Stresstest	Mit Stresstests werden Simulationen bezeichnet, anhand derer die Folgen extremer Marktentwicklungen insbesondere auf die Bilanzpositionen von Finanzinstituten (Banken, Versicherungen) berechnet werden. Damit soll das Risiko einer möglichen Illiquidität ausfindig gemacht und verringert werden. (Siehe auch Deutsche Bundesbank, Liquidität)
Strip	Das Separate Trading of Registered Interest and Principal of Securities (STRIP) trennt Zinszahlungen und Tilgungen in Nullkuponanleihen und macht sie getrennt handelbar. Bei einer Nullkuponanleihe erfolgt nur eine einzige Auszahlung zum Fälligkeitszeitpunkt. Die Strip-Kurve ist ein Beispiel für eine Kassakurve und zeigt, welche Zinsentwicklungen bei verschiedenen Fälligkeiten eingepreist sind. Der US-Strip wird von US-Treasury-Anleihen abgeleitet.
Sveriges Riksbank	Die Riksbank ist die schwedische Zentralbank.
Swapgeschäft	Mit einem Swapgeschäft werden im Grunde Austauschgeschäfte bezeichnet. Bekannte Swapgeschäfte sind Devisenswapgeschäfte, Kreditausfallswaps oder Zinsswaps. (Siehe auch Devisenswapgeschäft, Kreditausfallswap, Zinsswap)
Systemisches Risiko	Ein systemisches Risiko (auch Systemrisiko) bezeichnet ein Risiko, welches dadurch entsteht, dass die Zahlungsunfähigkeit eines Marktteilnehmers die Liquidität bzw. Solvenz anderer Marktteilnehmer bedroht und somit die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährdet. Systemische Risiken können auch darin liegen, dass individuell rationales Verhalten in Herdenverhalten mündet, das die Finanzstabilität erschüttert. (Siehe auch Finanzstabilität, Liquidität)
Systemrelevante Bank	Eine Bank ist systemrelevant, wenn ihre Insolvenz schwere negative Auswirkungen auf das gesamte (inländische) Finanzsystem, oder zumindest wesentliche Teile davon, und zudem auf die Realwirtschaft hätte. (Siehe auch Realwirtschaft)
T	
TC/RC	Verarbeitungskosten (Treatment Charge) und Raffineriekosten (Refining Charge), die eine Kupferschmelze/-raffinerie von den Minen für die Verarbeitung von Kupferkonzentraten zu Metallen erhält.
Teilnehmerstaaten	Die Teilnehmerstaaten sind die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU), die entsprechend dem Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmen. Vom 1.1.1999 an gehörten Deutschland, Frankreich , Niederlande, Belgien, Luxemburg, , Italien, Spanien, Irland, Portugal, Österreich und Finnland zur EWU. Aktuelle Aufstellung siehe unter der Begrifflichkeit Euroraum. (Siehe auch Europäische Union, Europäische Währungsunion, Euroraum)
Termingeschäft	Zu unterscheiden sind hier bedingte und unbedingte Termingeschäfte. Wobei bedingte Termingeschäfte auch als Optionsgeschäfte bezeichnet werden, versteht man unter einem unbedingten Termingeschäft ein verpflichtendes Geschäft: Käufer eines unbedingten Termingeschäftes geht die Verpflichtung ein zu einem bei Vertragsabschluss definierten Zeitpunkt und Preis ein Wertpapier oder eine bestimmte Ware vom Verkäufer zu kaufen ('Long Position'), wobei sich der Verkäufer im gleichen Maße dazu verpflichtet zu liefern ('Short Position'). Termingeschäfte können bsw. dazu genutzt werden um auf Kursänderungen zu spekulieren oder um sich gegen finanziellen Risiken abzusichern. Gehandelt werde Termingeschäfte teils standardisiert über Terminbörsen oder zur bilateral ausgehandelten Konditionen über den außerbörslichen Handel. (Siehe auch Arbitrage, Außerbörslicher Handel, Derivat, Optionsgeschäft)

Theorie der optimalen Währungsräume	Die Theorie der optimalen Währungsräume ist ein in der Volkswirtschaftslehre entwickeltes Konzept, um zu beurteilen, inwieweit sich eine Ländergruppe zur Einführung einer gemeinsamen Währung eignet (siehe Währungsraum). Der Theorie zufolge sind diejenigen Länder für eine Währungsunion gut geeignet, die entweder, aufgrund einer weitgehend synchronen Wirtschaftsentwicklung, Wechselkursänderungen nicht mehr benötigen oder aber über alternative Anpassungsmechanismen verfügen. Zu diesen Alternativen zählen unter anderem: Arbeitsmobilität, Lohnflexibilität, Kapitalmobilität, Finanzausgleichssysteme. Die Schlussfolgerungen, die sich aus der Theorie der optimalen Währungsräume für die Europäische Währungsunion (EWU) ergeben, sind auch unter Experten umstritten. Optimisten verweisen auf den hohen Grad von konjunkturellem Gleichlauf, der sich mit dem integrierten europäischen Binnenmarkt eingestellt hat. Pessimisten sehen hingegen die EWU skeptisch, weil eine Währungsunion von 17 Staaten mit großen strukturellen Unterschieden nicht in ausreichendem Maße über Arbeitsmobilität, flexible Löhne oder Finanzausgleichssysteme verfügt. (Siehe auch Binnenmarkt, Europäische Währungsunion, Konjunkturzyklus, Währungsraum)
Thesaurierende Fonds	Investmentfonds, die keine regelmäßigen Ausschüttungen an die Anteilseigner vornehmen, sondern Wertpapiererträge reinvestieren.
Thesaurierung	Wiederanlage von Erträgen aus Wertpapieren (Zinsen, Dividenden, Boni etc.) in Wertpapieren
Tier-1-Kapitalniveaus, T1-Quoten	Das Tier-1-Kapital ist das Kernkapital einer Bank, das hauptsächlich aus Eigenkapital und thesaurierten Gewinnen besteht. Die Tier-1-Quote ist das Verhältnis zwischen dem Tier-1-Kapital und den risikogewichteten Aktiva einer Bank und dient als Kennzahl für die Finanzstärke eines Instituts. Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat Kriterien für Tier-1-Kapital sowie für die Gewichtung von Risikoaktiva festgelegt und verwendet T1-Quoten für die Festlegung von Mindestkapitalanforderungen im “Basel III”-Regulierungsrahmen.
Transaktionskosten	Transaktionskosten sind allgemein alle Kosten, die im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Transaktionen entstehen, insbesondere auch währungsbedingte Umtausch-, Absicherungs-, und Informationskosten des internationalen Güterverkehrs. Transaktionskosten belasteten die europäischen Volkswirtschaften, solange keine einheitliche Währung eingeführt war. Der Wegfall dieser Kosten seit Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) hat einen positiven Effekt für die Exporttätigkeit und das Wirtschaftswachstum zur Folge. Schließlich gehen die Exporte der EWU-Länder zu einem großen Teil in andere Mitgliedsländer. Auch Bürger haben mit der Euro-Bargeldeinführung 2002 keine Umtauschkosten mehr zu tragen, wenn sie sich z.B. als Touristen im EWU-Ausland aufhalten. (Siehe auch Europäische Währungsunion)
Transmissions-mechanismus	Der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik beschreibt den Prozess, wie sich geldpolitischer Maßnahmen (wie z.B. Leitzinsänderungen) auf volkswirtschaftliche Variablen (wie z.B. Preisniveau, Beschäftigung, Produktion) auswirken. Da sich die geldpolitische Transmission über unterschiedliche Kanäle vollzieht (wie z.B. Kreditkanal, Erwartungskanal usw.) und ungewissen Zeitverzögerungen unterliegt, sind Art und Umfang der Auswirkungen auf die Wirtschaft und das Preisniveau häufig unsicher. (Siehe auch Bankenkanal, Bilanzkanal, Erwartungskanal, Kreditkanal, Wechselkurskanal)
Treasury Bill (T-Bill)	Treasury Bills sind US-amerikanische Geldmarktpapiere, die zur kurzfristigen Kreditaufnahme vom Staat ausgegeben werden. Die Laufzeit kann bis zu einem Jahr betragen. Ausgegeben werden sie meist in Stückelungen von $10,000 bis $1 Million mit einem Disagio, das den Zinssatz der Anlage determiniert (Disagio ist der Rabatt auf den Nennwert und die Differenz zwischen diskontiertem Kaufpreis und Nennwert entspricht dem Ertrag). Treasury Bills werden von der Federal Reserve regelmäßig in ihren Offenmarktgeschäften verwendet. (Siehe auch Federal Reserve, Geldmarktpapier, Offenmarktgeschäft)
Treasury Bond	Treasury Bonds bezeichnen die US-amerikanischen langfristigen Schuldverschreibungen des Staates. Genau wie ihr deutsches Pendant, die Bundesanleihe, beträgt die Laufzeit 10 bis 30 Jahre. Ausgegeben werden Treasury Bonds zu einer Stückelung von mindestens $1,000 und die nominale Verzinsung erfolgt halbjährlich. (Siehe auch Bundesanleihe)
Treasury Note	Bei einer Treasury Note handelt sich es um eine mittelfristige Schuldverschreibung des US-amerikanischen Staates, welche von der Laufzeit zwischen der von Treasury Bills und der von Treasury Bonds liegt. Die Laufzeit beträgt demnach 1 bis 10 Jahre, wobei, wie bei Treasury Bonds, die Stückelung bei $1,000 beginnt und der nominale Zins halbjährlich ausgezahlt wird. (Siehe auch Treasury Bill, Treasury Bond)
Trend	Ein Trend kann als Funktion der Zeit beschrieben werden, der die Grundrichtung des Verlaufs einer Zeitreihe darstellt. Von einer solchen Grundrichtung wird angenommen, dass sie über einen längeren Zeitraum nachhaltig wirkt und im Allgemeinen nur von den zugrundeliegenden strukturellen Ursachen beeinflusst wird – das heißt, dass Saison- oder Arbeitstagbedingte, sowie zufällige Veränderungen aus der Zeitreihe mittels Zeitreihenanalyse entfernt wurden. Ein Trend muss nicht immer ein stetes Wachstum aufweisen, sondern kann auch Auf- und Abwärtsbewegungen verzeichnen. Wenn die Abweichungen vom Trend immer wieder eine Tendenz zurück zum Trend aufweisen, spricht man von einem deterministischen Trend. Im Gegensatz dazu spricht man von einem stochastischen Trend, wenn die Abweichungen vom Trend keine Tendenz zur Rückkehr aufweisen. (Siehe auch Saisonbereinigt)
Troika	Die Troika ist eine Prüfkommission bestehend aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission, die im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 gegründet wurde. Dieses Gremium überprüft die Einhaltung der Auflagen, an die die bilateralen Kredite von anderen Mitgliedsstaaten beziehungsweise die bereitgestellten Hilfskredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geknüpft sind. (Siehe auch Europäische Kommission, Europäischer Stabilitätsmechanismus, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds)
TTF (NL)	Title Transfer Facility, zentraler Knoten für Gas am niederländischen Markt
U	
ULSD	Extrem sulfurarmer Diesel, eine Dieselart
Umlaufgeschwindigkeit des Geldes	Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beschreibt die Häufigkeit, mit der das Geld pro Periode den Besitzer wechselt und zur Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt wird. Je schneller das Geld von der Bevölkerung wieder umgesetzt wird, desto höher ist die Umlaufgeschwindigkeit. Da die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes das Verhältnis zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Güterumsatz (z.B. dem nominalen Bruttoinlandsprodukt) und der Geldmenge (typischerweise M1 oder M3) beschreibt, wirkt sich eine Steigerung/Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit wie eine Vergrößerung/Verkleinerung der Geldmenge in der betrachteten Volkswirtschaft aus. Zudem beeinflussen weitere Faktoren, wie z.B. Zahlungsgewohnheiten, der technische Fortschritt in der Zahlungsabwicklung und vor allem die Zinssituation, die Geschwindigkeit mit der das Geld im Wirtschaftskreislauf zirkuliert. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt, Geldmenge, M1, M3)

Umlaufsrendite	Die Umlaufsrendite (auch Umlaufrendite oder Sekundärmarktrendite) ist der durchschnittliche Renditewert aller inländischen, auf Euro lautenden, bereits emittierten Anleihen erster Bonität, insbesondere Staatsanleihen, welche sich aktuell im Umlauf befinden. Die Umlaufsrendite für Deutschland wird von der Deutschen Bundesbank ermittelt. Hierbei werden die Renditen nach Emittenten sowie Restlaufzeiten gruppiert und veröffentlicht. Die Umlaufsrendite spiegelt das Zinsniveau des Kapitalmarktes wider. Zudem ermöglicht die Umlaufrendite die Einschätzung des Marktniveaus. Die Umlaufrendite gilt daher auch als DAX-Pendant für den Rentenmarkt.
Unkonventionelles Öl	Als unkonventionelles Erdöl bezeichnet man Vorkommen, welche nur mit Hilfe aufwändiger Förder- und Raffinierungsprozess in ein Produkt verwandelt werden können, das in der Qualität den gängigen, konventionellen Erdölsorten wie Brent und WTI entspricht. Hierzu zählen Schweröl, Ölsande, Schwerstöle und Ölschiefer. Häufig setzt die Gewinnung ein hohes Preisniveau und/oder einen Technologiesprung voraus.
Unternehmensanleihen	Unternehmensanleihen sind Anleihen mit Unternehmen als Emittenten. Diese Anleihen zeichnen sich oft durch einen höheren Kupon im Vergleich zu Staatsanleihen aus. Dies liegt in der meist schlechteren Bonität der Unternehmen im Vergleich zum Staat begründet. Bei Unternehmensanleihen gibt es eine Vielzahl von verschiedenen Anleihetypen. (Siehe auch Nullkuponanleihe und Variabel verzinsliche Anleihe)
Unterstützungszone	Der Begriff “Unterstützungszone” oder “Unterstützung” wird in der charttechnischen Analyse verwendet. Die Unterstützungszone bezeichnet eine Kursspanne, deren Erreichen wahrscheinlich einen Anstieg der Nachfrage nach dem Wertpapier begünstigen wird. Wenn ein fallender Kurs eine Unterstützungszone erreicht, ist es wahrscheinlicher, dass er anschließend wieder steigt als dass er unter die Unterstützungszone fällt. Sobald ein Kurs unter die Unterstützungszone fällt, ist es jedoch wahrscheinlicher, dass er weiter sich weiter nach unten bewegt, bis er ein niedrigeres Unterstützungsniveau erreicht.
USGC	US-Golfküste, Region der USA mit Zugang zum Golf von Mexiko
UST (US Treasuries)	US-Staatsanleihen
V	
Variabel verzinsliche Anleihe	Variabel verzinste Anleihen haben einen Kupon welcher sich aus einem variablen Referenzzinssatz (z.B. LIBOR oder EURIBOR) und einem bei der Emission festgelegten Bonitätsaufschlag (engl. Spread) zusammensetzt. Auf diese Weise sind der Gläubiger gegen steigende Zinsen und der Schuldner gegen fallende Zinsen abgesichert.
Verbraucherpreisindizes (VPI)	Mit Hilfe eines Verbraucherpreisindex sollen die Lebenshaltungskosten in einer Volkswirtschaft gemessen werden. Dazu wird mittels eines sogenannten Warenkorbs ein repräsentatives Verbrauchsschema der privaten Haushalte ermittelt. Dieser Warenkorb enthält Teilmengen aller Waren und Dienstleistungen, die der Durchschnittshaushalt einer Volkswirtschaft erwirbt, benutzt oder bezahlt. Zu den darin enthaltenen Waren zählen Güter des täglichen Bedarfs (wie z.B. Lebensmittel, Getränke, Bekleidung, Hygieneprodukte, Mieten) und langlebige Gebrauchsgüter (wie z.B. Autos und Möbel) sowie Dienstleistungen (wie z.B. Gaststätten, Hotels, Versicherungen). Da sich Verbrauchsgewohnheiten mit der Zeit ändern, werden auch die Bestandteile des Warenkorbes aktualisiert und an die neuen Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte angepasst. Dies geschieht in der Regel alle 5 Jahre. Um die Veränderung der Lebenshaltungskosten über die Zeit beobachten zu können, ermittelt das Statistische Bundesamt die Preise für die einzelnen Güter des Warenkorbes und drückt diese als Indexzahl, derzeit bezogen auf das Basisjahr 2005, aus. Auf Ebene der Europäischen Union wird der harmonisierte Verbraucherpreisindex ermittelt, welcher ein wichtiger Indikator zur Messung und zum Vergleich der europäischen Inflationsraten ist. (Siehe auch Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Inflation)
Verwendungsrechnung	Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Art der Verwendung der erzeugten Waren und Dienstleistungen. Da diese entweder konsumiert, investiert oder exportiert werden können, setzt sich das BIP aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates, den Bruttoinvestitionen und den Ausfuhren abzüglich der Einfuhren (Nettoexporte genannt) zusammen. (Siehe auch Bruttoinlandsprodukt, Bruttoinvestitionen)
VIX (Volatility Index)	Der VIX ist ein Maß für die Volatilitätserwartung bei Indexoptionen auf den Standard & Poors 500 Aktienindex. Er wird von der Börse in Chicago (CBOE=Chicago Board Option Exchange) in Echtzeit berechnet und über das Tickersymbol VIX veröffentlicht.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Als zentrale gesamtwirtschaftliche Statistik fasst die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung systematisch mehrere Strom- und Bestandsrechnungen zusammen, um damit einen quantitativen Eindruck des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft für eine vergangene Periode zu vermitteln. Hierzu werden auf Basis der Kreislauftheorie, bei der alle Tauschvorgänge zwischen Unternehmen und Haushalten erfasst werden, mehrere Teilrechnungen kombiniert. Schwerpunkt dieser Teilrechnungen bilden dabei die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Inlandsprodukts und Nationaleinkommens. Weitere Teilrechnungen umfassen die Input-Output-Rechnung – welche den Güter- und Einkommenskreislaufs abbildet – sowie die Vermögens- und Finanzierungsrechnung. Hinzu kommen noch die Teilrechnungen über die Erwerbstätigen, das Arbeitsvolumen und die Außenwirtschaft. Wichtigste Komponente der Rechnung über die Außenwirtschaft ist dabei die Zahlungsbilanz, die Güter- und Kapitalströme zwischen Inländern und Ausländern dokumentiert. (Siehe auch Zahlungsbilanz)
Vorleistungen	Als Vorleistungen bezeichnet man den Wert der Güter (Waren oder Dienstleistungen), die im Zuge der Produktion innerhalb eines Berichtzeitraums von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und von inländischen Wirtschaftseinheiten verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt wurden. Die Abnutzung des Anlagevermögens, die über Abschreibungen berechnet wird, zählt dabei nicht zu den Vorleistungen. Beispiele sind Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sonstige Vorprodukte, laufende Reparaturen, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten und so weiter.
Vorzugsaktie	Aktie mit Vorrechten. Oft ist auch eine Besserstellung der Vorzugsaktionäre bei der Abwicklung der Aktiengesellschaft vorgesehen. Das Stimmrecht ist dagegen meist ausgeschlossen. (Siehe auch Aktie)
W	
Währung	Währung ist die Geldeinheit und gesetzliches Zahlungsmittel eines Landes. Der Raum, in dem eine einheitliche Währung gilt, ist das Währungsgebiet (Währungszone). Am 1.1.1999 wurde im Rahmen einer Währungsumstellung der Euro in elf Staaten der Europäischen Union als neue Währung eingeführt. Das Euro-Währungsgebiet (Euroraum) umfasst derzeit achtzehn Teilnehmerstaaten. (Siehe auch Europäischen Union, Euroraum, Währungsraum, Einheitswährung)
Währungsabwertung	Abwertung ist die Verminderung des Außenwerts der Inlandswährung durch Eingriffe seitens der zuständigen Währungsbehörde (i.d.R. Zentralbank oder Finanzministerium). (Siehe auch Außenwert, Devisenmarkt, Währungs-aufwertung, Wechselkurs, Wechselkurssystem)

Währungsaufwertung	Aufwertung ist die Erhöhung des Außenwerts der Inlandswährung durch Eingriffe seitens der zuständigen Währungsbehörde (i.d.R. Zentralbank oder Finanzministerium). (Siehe auch Außenwert, Devisenmarkt, Wechselkurssystem)
Währungs-Neubewertung	Unter einer Währungs-Neubewertung versteht man die bewusste Aufwärts- oder Abwärtsanpassung des offiziellen Wechselkurses gegenüber eines spezifischen Standards wie z.B. einer Ankerwährung oder Gold. (Siehe auch Goldstandard, Währung, Wechselkurs)
Währungspolitik	Währungspolitik ist die Gesamtheit aller Maßnahmen, die auf optimale Gestaltung der Währung und des Währungsgeschehens eines Landes (nationale Währungspolitik) sowie das Miteinander der Währungen verschiedener Länder (internationale Währungspolitik) gerichtet sind. Dabei geht es insbesondere um die äußere Stabilität des Geldwerts, die Gestaltung der Währungsbeziehungen mit dem Ausland und die Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. (Siehe auch Europäische Währungsunion, Preisstabilität, Währung, Wechselkurssystem)
Währungsraum	Der Währungsraum (auch Währungsgebiet) ist der räumliche Geltungsbereich einer bestimmten Währung. Die Theorie der optimalen Währungsräume setzt sich mit dem Problem der Größe eines Währungsraumes auseinander. Sie stellt eine Beurteilungskonzeption dar, die Auskunft über die Eignung einer Ländergruppe zur Einführung einer gemeinsamen Währung gibt. (Siehe auch Theorie der optimalen Währungsräume)
Währungsreserven	Währungsreserven sind der Bestand an international einsetzbaren liquiden Mitteln eines Landes. Die offiziellen Währungsreserven eines Landes bezeichnen die von der Zentralbank gehaltenen Bestände. Die Währungsreserven haben eine besondere Bedeutung in einem System fixer Wechselkurse, weil sie hier maßgeblich für die Fähigkeit eines Landes zur Stützung der eigenen Währung auf den Devisenmärkten sind. (Siehe auch Devisenmarkt, Fester Wechselkurs, Zentralbank)
Währungsunion	Währungsunion ist die Gesamtheit von Ländern, die eine einheitliche gemeinsame Geld- und Währungspolitik betreiben. Meist wird in diesen Ländern gleichzeitig auch eine einheitliche Währung eingeführt (Siehe auch Europäische Währungsunion, Geldpolitik, Währungspolitik)
WAF	Westafrika, bezeichnet in der Regel die Rohölproduzenten Nigeria und Angola
Wechselkurskanal	Der Wechselkurskanal beschreibt die Transmission geldpolitischer Maßnahmen auf den Wechselkurs und dessen Wirkung auf das Preisniveau der Volkswirtschaft. Sollte beispielweise die Zentralbank den Leitzins erhöhen, dann werden durch die gestiegenen Inlandszinsen ausländische Investoren angelockt. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach inländischer Währung, wertet diese auf und verbilligt dadurch die Preise importierter Güter, was den Preisauftrieb im Inland bremst. (Siehe auch Leitzins, Transmissionsmechanismus, Währungsabwertung, Währungsaufwertung, Zentralbank)
Wechselkurskriterium	Das Wechselkurskriterium ist eines der Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Europäische Währungsunion (EWU). Um dieses Kriterium zu erfüllen muss ein Land in den beiden Jahren vor der Konvergenzprüfung ohne stärkere Wechselkurs-schwankungen oder gar Abwertungen am Europäischen Wechselkurssystem (EWS) teilgenommen haben. Mit der Aufgabe der nationalen Wechselkurse beim Übergang in die EWU sind Wechselkursanpassungen gegenüber den EWU-Teilnehmerländern nicht mehr möglich. Das Wechselkurskriterium sollte deshalb sicherstellen, dass die Volkswirtschaften, in denen der Euro eingeführt wurde, die Flexibilität des nationalen Wechselkurses nicht mehr benötigen. (siehe Europäische Währungsunion, Europäisches Wechselkurssystem, Konvergenzkriterien, Maastricht-Kriterien)
Wechselkursmechanismus II	Siehe Europäischer Wechselkursmechanismus
Wechselkursrisiko	Wechselkursrisiko entsteht im internationalen Handel, wenn die Entwicklung des Wechselkurses nicht vorhersehbar ist. Insbesondere bei starken Schwankungen der Wechselkurse können Unternehmen Einnahmen und Kosten aus den Ex- und Importgeschäften nicht mehr sicher kalkulieren. Innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) gibt es seit 1.1.1999 keine Kursschwankungen mehr. Da der Außenhandel zwischen den EWU-Ländern einen hohen Anteil aufweist, ist also ein beträchtlicher Teil des Wechselkursrisikos entfallen. (Siehe auch Europäischen Währungsunion, Transaktionskosten)
Wechselkurssystem	Als Wechselkurssystem bezeichnet man grundsätzlich die Währungspolitik, die ein Land verfolgt, bzw. die Art und Weise, wie sich ein Wechselkurs zwischen zwei Währungen bildet. Man unterscheidet zwischen zwei Grundformen: In einem System flexibler Wechselkurse bilden sich die Wechselkurse frei durch das Angebot und die Nachfrage nach Devisen am Devisenmarkt. Wohingegen in einem System fester Wechselkurse der Wechselkurs durch staatliche Interventionen auf einen gewünschten Wert festgesetzt wird. Geschieht dies einseitig, d.h. ohne vertragliche Absprache der beteiligten Ländern, dann spricht man von einem Currency Board. (Siehe auch Currency Board, Devisenmarkt, Europäischer Wechselkursmechanismus II , Fester Wechselkurs, Währungsabwertung, Währungs-aufwertung, Zentralbankintervention)
Weltbank	Eine wichtige Errungenschaft der Bretton-Woods-Konferenz im Juli 1944 war, neben der Entscheidung zur Gründung des Internationalen Währungsfonds, die Errichtung der Weltbank. Aufgabe der Weltbank war es den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu fördern und in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds eine stabile Währungsordnung zu garantieren. Seit den 60er Jahren liegt die Hauptaufgabe in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensqualität von Menschen in Entwicklungsländern durch finanziellen Hilfen und Beratung. (Siehe auch Bretton-Woods-Konferenz, Internationaler Währungsfonds)
Wertpapier	Ein Wertpapier ist eine Urkunde, die bestimmte Vermögensrechte verbrieft. Durch die Verbriefung wird der Handel mit diesen Rechten erleichtert. Beispiele für Wertpapiere sind Aktien, Anleihen oder Investmentfondsanteile. (Siehe auch Aktie, Anleihe)
West Texas Intermediate (WTI)	Die Rohölsorte "West Texas Intermediate" (WTI) ist das US-amerikanische Pendant zum europäischen Brent Rohöl. Das "leichte" (geringe Dichte), "süße" (schwefelarme) Rohöl aus den USA eignet sich in besonderer Weise zur Herstellung von Benzin, Diesel, Kerosin oder Heizöl. Die Preise beider Rohölsorten dienen als maßgebliche Referenzgröße für den gesamten Ölmarkt. (Siehe auch Brent Rohöl)

Wettbewerbsfähigkeit	Wettbewerbsfähigkeit ist die Position eines Unternehmens, einer Branche oder einer Volkswirtschaft im Wettbewerb an nationalen und internationalen Märkten. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich im internationalen Vergleich in niedrigen Ausfuhrpreisen. Eine wirtschaftspolitische Maßnahme zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Abwertung der eigenen Währung, da Exporte dadurch billiger werden. Die einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion (EWU) können jedoch keine Abwertung mehr vornehmen, ist doch mit dem Euro ein einheitlicher Wechselkurs für die gesamte EWU festgelegt. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, müssen sie die Produktionskosten senken oder ihre nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch Produktinnovationen, Qualitätsverbesserungen usw. erhöhen. (Siehe auch Europäischen Währungsunion, Währungs-abwertung)
Widerstandszone	Die Begriffe "Widerstandszone" bzw. "Widerstand" werden in der charttechnischen Analyse verwendet und beschreiben das Gegenteil einer "Unterstützungszone".
Wirtschafts- und Währungsunion	Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist die Verknüpfung einer Wirtschaftsunion mit einem einheitlichen Währungssystem. (Siehe Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Wirtschaftsunion, Währungsunion).
Wirtschaftsunion	Unter Wirtschaftsunion versteht man eine Form der wirtschaftlichen Integration von Staaten, die durch einen gemeinsamen Markt (Freiheit von Waren-, Geld- und Kapitalverkehr), Niederlassungsfreiheit und (Arbeitnehmer)Freizügigkeit sowie durch eine weitgehende Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten gekennzeichnet ist. Die Wirtschaftsunion ist verbunden mit einem einheitlichen Binnenmarkt und mit der Schaffung entsprechender supranationaler Institutionen mit eigenen Kompetenzen. (Siehe auch Binnenmarkt, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion)
WSJ	Wall Street Journal
WTI	West Texas Intermediate, eine Rohölart
Z	
Zahlungsbilanz	Die Zahlungsbilanz weist alle wirtschaftlichen Transaktionen einer Volkswirtschaft mit der übrigen Welt über eine bestimmte Periode aus und fasst diese systematisch in folgende Teilbilanzen zusammen: i) in der *Leistungsbilanz* wird der internationale Warenaustausch (Export und Import), Dienstleistungen, Arbeits- und Kapitaleinkommen und laufende Übertragungen erfasst, ii) in der *Kapitalbilanz* werden Transaktionen ausgewiesen, die Wertpapieranlagen, Direktinvestitionen, Finanzderivate, oder Veränderungen der Währungsreserven beinhalten, iii) die *Vermögensübertragungsbilanz* weist dabei internationale Vermögensübertragungen (z.B. Schuldenerlasse) sowie den Handel mit nichtproduzierten nichtfinanziellen Vermögensgütern (z.B. Patente) aus, und letztens iv) der *Restposten* fasst die Summe der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen mit ein. (Siehe auch Ausländische Direktinvestition, Derivat, Leistungsbilanz)
Zentralbank	Eine Zentralbank (auch Notenbank genannt) ist eine staatlich errichtete Bank, die das Recht hat Banknoten auszugeben. Neben der Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln sind die Aufgaben der Zentralbank unter anderem die Erleichterung der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Regulierung des Geldvolumens entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft und die Sicherung der Stabilität des inneren und äußeren Geldwerts. Die Zentralbank der an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmenden Staaten ist die Europäische Zentralbank (EZB). Das vorrangige Ziel der EZB ist die Sicherung der Preisstabilität. (Siehe auch Europäischen Währungsunion, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Preisstabilität)
Zentralbankgeld	Zentralbankgeld kann allein von der Zentralbank geschaffen werden und setzt sich aus dem Bargeldbestand in einem Währungsraum und den Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank, den sogenannten Reserven, zusammen. (Siehe auch Zentralbank)
Zentralbankintervention	Eine Zentralbankintervention bezeichnet den Kauf oder Verkauf inländischer oder ausländischer Währungen durch die Zentralbank, mit der Absicht dadurch Marktkonditionen oder Wechselkursbewegungen zu beeinflussen. (Siehe auch Wechselkurs, Zentralbank)
Zero Coupon Bonds	(siehe auch Nullkuponanleihe)
Zins	Der Zins ist allgemein der Preis für die zeitlich befristete Überlassung eines Vermögensgegenstands. Die Bezeichnung wird meist auf die am häufigsten vorkommende Bedeutung, als Preis für die Inanspruchnahme eines Kredits oder Darlehens, eingeschränkt. In der Europäischen Währungsunion (EWU) wird das Geldmarktzinsniveau entscheidend durch die geldpolitischen Instrumente der Europäischen Zentralbank (EZB) geprägt. (Siehe auch Europäischen Währungsunion, Europäische Zentralbank, Geldpolitische Strategien)
Zinskriterium	Das Zinskriterium ist eines der Maastrichter Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Europäische Währungsunion (EWU). Mit dem Zinskriterium soll die Annäherung der langfristigen Zinsen garantiert werden. Dabei dürfen die Zinsen in den 12 Monaten vor der Konvergenzprüfung zur Aufnahme in die EWU nicht höher ausfallen als das durchschnittliche langfristige Zinsniveau der drei Länder mit der niedrigsten Inflationsrate zuzüglich zwei Prozentpunkten. Dazu wird der langfristige Zins anhand der Rendite öffentlicher Anleihen mit einer Restlaufzeit von ungefähr zehn Jahren gemessen. (Siehe auch Anleihe, Europäische Währungsunion (EWU), Inflation, Konvergenzkriterien, Maastricht-Kriterien)
Zins-Optionsschein (Bond Warrant)	Optionsschein, dessen Basisobjekt ein festverzinsliches Wertpapier oder ein Zins-Future ist. Bei fallenden Zinsen steigen die Kurse festverzinslicher Wertpapiere. Daher bedeutet ein Engagement in Zins-Call-Optionsscheinen eine Spekulation auf sinkende Zinsen. (Siehe auch Future)
Zinspolitik	Die Zinspolitik ist die Beeinflussung der Geldmarktzinsen durch Veränderung der Leitzinsen durch die Zentralbank. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Zinspolitik ergibt sich unter anderem daraus, dass Zinsen als Kostenfaktoren die Entscheidungen von Unternehmen und privaten Haushalten über Investitionen und den Kauf langlebiger Konsumgüter beeinflussen. (Siehe auch Zentralbank)
Zinsswap	Ein Zinsswap verbrieft die Vereinbarung zweier Vertragspartner, während eines festgelegten Zeitraums, Zinszahlungen, die sich aus einem festgelegten Nennbetrag ergeben, auszutauschen. Die Zinszahlungen werden üblicherweise so festgelegt, dass eine fixe gegen eine variable Zinszahlung getauscht wird. (Siehe auch Euro Overnight Index Average (EONIA), Euro Interbank Offered Rate (Euribor), Swapgeschäft)
Z-Wert	Begriff aus der Statistik. Er bedeutet eine transformierte Variable, so dass ihr erwartete Wert Null ist und Varianz 1. Es ist die Differenz aus dem aktuellen Wert und dem Durchschnittswert geteilt durch die Standardabweichung der Variable über einen bestimmten Horizont.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsche Bundesbank, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsches Statistisches Bundesamt, Eurostat, EZB, Federal Reserve, OECD, UniCredit Research